Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9316**

18. Wahlperiode 02.08.2016

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

59. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 11. bis 14. Oktober 2013 in Dubrovnik, Kroatien

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Teilnehmer der deutschen Delegation 2

2. Ablauf der Tagung 2

3. Politischer Ausschuss (PC) 2

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) 4

5. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) 7

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) 10

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) 13

8. Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC) 14

9. Plenarsitzung 16

Abkürzungsverzeichnis 19

Anlage 20

1. Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Vizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Ernst-Reinhard Beck (CDU/CSU),
Abgeordneter Uwe Beckmeyer (SPD),
Abgeordnete Dagmar Freitag (SPD),
Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),
Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordneter Johannes Pflug (SPD),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),
Abgeordneter Paul Schäfer (DIE LINKE).

Bundesrat

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Bürgermeister und Senator Frank Henkel (CDU), Berlin,
Minister Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfahlen,
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt,
Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 12. Oktober 2013, und am Sonntag, 13. Oktober 2013, statt. Das Plenum tagte am Freitag, 11. Oktober 2013.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 12. Oktober 2013, und am Sonntag, 13. Oktober 2013, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Raynell Andreychuk** (Kanada).

Die Ministerin für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten der Republik Kroatien, **Vesna Pusić**, berichtete von einem veränderten öffentlichen Verständnis von Sicherheit in ihrem Land. Militärische Aspekte würden zunehmend in Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach institutionellen und sozialen Reformen gesehen. Die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes habe der kroatischen Führung ermöglicht, die Beziehungen zu den Nachbarn zu intensivieren und die erforderliche regionale Sicherheitsstruktur zu schaffen. Umfassende wirtschaftliche Kooperation zwischen Kroatien und Serbien bestehe bereits, weitere Initiativen seien jedoch erforderlich, um ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Abschließend regte sie an, dass Alliierte die Region nicht weiterhin gedanklich in EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten aufteilten. Die Ministerin warnte vor der Gefahr, dass die Ukraine, Moldau und Weißrussland zu *failed states* würden, und forderte dazu auf, sich dieser Staaten stärker anzunehmen. Auf die Frage des Abgeordneten **Jürgen Hardt** (Deutschland) nach der Rolle der Russischen Föderation in der Region bekräftigte sie die Bedeutung eines kontinuierlichen substanziellen Dialoges mit den russischen Nachbarn, insbesondere im Zusammenhang mit der Syrienkrise. Sie appellierte an die Delegierten, sich für umfassende vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen.

Anknüpfend an den Generalbericht **„Die zunehmende strategische Bedeutung Asiens: Folgen für die NATO“** des Generalberichterstatters **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) diskutierte der Ausschuss über mögliche und dauerhafte Partnerschaften mit Ländern der Region Asiens. Betont wurde der globale Bedeutungszuwachs des asiatischen Raumes, insbesondere der Bedeutungszugewinn der Republik China. Die Mitglieder waren sich einig, dass die NATO nur eine begrenzte Anzahl an Instrumenten zur Verfügung habe, Sicherheit im asiatischen Raum zu

garantierten. Es sei aber überfällig, dass sie als globale Sicherheitsorganisation eine adäquate Rolle auch im Hinblick auf diese Region entwickelte. Abgeordneter **Johannes Pflug** (Deutschland) ergänzte, dass bislang eine umfassende Sicherheitsinfrastruktur fehle, die beide Supermächte – USA und Russland – einbinde. Er sehe die neue Rolle der NATO gerade in diesem Kontext nicht allein in einer militärischen, sondern auch in einer unterstützenden Funktion. Die NATO sollte stärker ihre Erfahrungen einbringen und damit Konflikte bereits im Vorfeld versuchen zu vermeiden.

Die Ausrichtung der NATO wurde auch im Hinblick auf die Sicherheit im Hohen Norden diskutiert. Die Berichterstatterin **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) legte einen Bericht mit dem Titel **„Die Rolle der NATO im Hinblick auf die Sicherheit im Hohen Norden“** vor, der von dem Abgeordneten **John Dyrby Paulsen** (Dänemark) vorgestellt wurde. Die Ausschussmitglieder betrachteten die enormen Veränderungen der Arktis durch den Klimawandel und diskutierten das Bedürfnis nach langfristiger Kooperation zwischen den an die Arktis angrenzenden Ländern. Eine NATO-Strategie für die Arktis wurde mehrheitlich für erforderlich erachtet. Diese sollte nicht zu einer Militarisierung des Hohen Nordens führen, sondern Partner und Alliierte beim Auffinden eines Gleichgewichtes zwischen Ausbeutung von Bodenschätzen einerseits und humanitären und ökologischen Belangen andererseits unterstützen. Die Delegierten waren sich einig, dass es auch in diesem Zusammenhang wesentlich auf die Zusammenarbeit mit Russland ankomme.

Mit **Dr. Bichara Khader**, Direktor des Zentrums für Arabische Studien und Forschung, Professor an der Katholischen Universität Louvain (Belgien), Fakultät für Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, diskutierte der Ausschuss die Entwicklungen in der MENA-Region. Professor Khader, stellte fest, dass es bislang keine kohärente europäische Politik für die MENA-Region gebe. Die im Jahre 2011 in Tunesien begonnene Revolution habe einen Dominoeffekt in der Region ausgelöst. Gründe für den Ausbruch der Revolution in Tunesien seien insbesondere die Homogenität der Gesellschaft bei überschaubarer Landesgröße und eine hohe Arbeitslosenquote trotz einer allgemein gut ausgebildeten Gesellschaft gewesen. Der hierdurch ausgelöste „Arabische Frühling“ sei in den jeweiligen arabischen Ländern auf ganz unterschiedliche Art und Weise aufgetreten. Eine wesentliche Rolle spiele bis heute der Einfluss externer Akteure, wie etwa der NATO in Libyen, aber insbesondere auch regionaler Akteure, wie Saudi-Arabien und Katar, die zum Teil widersprüchliche politische und ökonomische Interessen in der Region verfolgten. Bei den ersten Wahlen in Ägypten und Tunesien hätten die islamischen Parteien die besten Startchancen gehabt, da sie bereits auf eine Organisationsstruktur hätten zurückgreifen können. Die gegenwärtige Herausforderung sei die Anfälligkeit von Minderheiten für Radikalisierung, insbesondere in Syrien, Tunesien, Jemen und Libyen. Er schloss nicht aus, dass sich der Übergang in Ägypten zu mindestens bürgerkriegsähnlichen Zuständen entwickelte. Die internationale Gemeinschaft könne nur unterstützen, indem sie politische Prozesse beratend begleite und wirtschaftliche Entwicklung helfe anzustoßen. In Libyen sollte sich die internationale Gemeinschaft vor allem auf die Unterstützung einer überfälligen Reform der Sicherheitsstrukturen konzentrieren.

In der Debatte über den Bericht **„Die Partnerschaft zwischen der NATO und Zentralasien“** des Berichterstatters **Daniel Bacquelaine** (Belgien) waren sich die Delegierten einig, dass die NATO ihre Beziehungen mit Ländern der Region vertiefen und insbesondere gegen Terrorismus und Drogenhandel enger zusammenarbeiten müsste. Wiederholt wurde das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit mit Russland vertreten.

Schwerpunkt des von Botschafterin **Kolinda Grabar-Kitarović**, stellvertretende NATO-Generalsekretärin für den Bereich öffentliche Diplomatie, gehaltenen Vortrages „**NATO heute und morgen“** war unter anderem die neue Rolle der NATO als globaler Förderer kooperativer Sicherheit. Sie ging auf den bevorstehenden Gipfel ein, der sich den Themen „Afghanistan post-2014“, Zukunft der NATO und transatlantische Partnerschaft widmen solle. Sie vertrat, dass die NATO in Afghanistan beachtliche Erfolge erzielt habe. Der Aufbau von Integrität und tragfähigen Institutionen erfordere aber weiterhin die Unterstützung der Alliierten. Um in Zukunft schnelle Eingreiftruppen bereithalten zu können, bedürfe es einer Weiterentwicklung von Partnerschaften innerhalb des operativen Umfeldes der *International Security Assistance Force* (ISAF). Die transatlantische Partnerschaft sei unbeachtet der zunehmenden Hinwendung der USA nach Asien als „Bündnis der Werte“ die wichtigste Partnerschaft für die USA. Abschließend räumte sie ein, dass trotz starker Bemühungen der Abteilung öffentliche Diplomatie die Möglichkeiten der NATO beschränkt seien, den Bevölkerungen ihrer Mitgliedstaaten die Bedeutung einer gemeinsamen Sicherheitsinstitution und die Arbeit der NATO nahezubringen. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) versicherte, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO sich ihrer Verantwortung bewusst sei und nach Kräften bemühe, die Arbeit der NATO in ihren jeweiligen Ländern zu vermitteln und zu unterstützen.

Der Bericht der Ausschussvorsitzenden **Raynell Andreychuk** (Kanada) für die Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten zum Thema **„Der Iran – eine Herausforderung für die globale Sicherheit und die Sicherheit im**

Nahen Osten“ kam zu dem Ergebnis, dass sich mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani die Chance eröffne, mit dem Iran zum Thema Atomwaffen an einen Verhandlungstisch zu kommen. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass eine Lösung des Themas nur politisch und diplomatisch und nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden könne.

Nach umfassender Debatte wurde die Entschließung **„Die Krise in Syrien: Die Folgen für die Region und darüber hinaus“** des Berichterstatters **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) mit Änderungen angenommen. Gleiches gilt für die Entschließung **„Die zunehmende strategische Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums: Folgen für die NATO“** vom selben Berichterstatter.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 12. Oktober 2013, und am Sonntag, 13. Oktober 2013, unter dem Vorsitz von Senator **Joseph A. Day** (Kanada).

Zu Beginn seines Vortrags zum Thema **„Smart Defence“** stellte Verteidigungsminister **Ante Kotromanović** (Kroatien) fest, bei NATO und EU seien die Herausforderungen ähnlich, so dass sie auch gemeinsam angegangen werden könnten. Die Parlamentarische Versammlung der NATO sei dabei wichtig, um die Öffentlichkeit auf dem Weg zu Frieden und Freiheit mitzunehmen. Das Ende des Einsatzes der ISAF in Afghanistan sei ein Beispiel für die immer komplexeren globalen Herausforderungen für die NATO, die dort auch künftig der beste Garant für die Sicherheit bleibe. Trotz der komplexen Aufgaben investierten jedoch immer weniger Länder zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung, obwohl Verteidigungsausgaben eine Investition in die eigene Sicherheit darstellten. Die Länder müssten sich spezialisieren und über den Zugang zu nicht im eigenen Land vorhandenen Fähigkeiten nachdenken, weswegen *Smart Defence* und *Pooling and Sharing* wichtig für die Zukunftsfähigkeit seien. Kroatien habe seine Streitkräfte reformiert und analysiere jetzt, wie man zu mehr Multinationalität kommen könne. Es gehe um mehr Zusammenarbeit, Synergien und Abhängigkeit in den Partnerschaften. Für Kroatien, das selbst an sechs Projekten im Rahmen *Smart Defence* beteiligt sei, bleibe die Ausdehnung der NATO nach Südosten wichtig, und Kroatien leiste im Rahmen der regionalen Verteidigung einen Beitrag dazu.

Verteidigungsminister **Roman Jakič** (Slowenien) nannte 2013 zu Beginn seines Vortrags ein gutes Jahr für den westlichen Balkan. Das Beispiel des in die EU und die NATO aufgenommenen Kroatiens zeige, wie man die euro-atlantische Zusammenarbeit stärken könne. Die gemeinsame Mission sei nicht abgeschlossen, bevor nicht alle hier in der Region Mitglied der Wertefamilie des euro-atlantischen Raums seien. Strategischer Lufttransport und Luftraumüberwachung bzw. Luftraumschutz seien Beispiele für Fähigkeiten, bei denen eine Lücke identifiziert worden sei und die für ein kleines Land alleine nicht zu entwickeln wären. Slowenien werde seine Entscheidungen für Projekte davon abhängig machen, ob sich geeignete Partner fänden und die Durchführung ohne zusätzliche Belastung für Slowenien möglich sei. Der Europäische Rat im Dezember 2013 zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sei eine einmalige Gelegenheit, um Verbindungen zu regionalen Verteidigungsbündnissen zu knüpfen. Im Übrigen profitierten in finanziell schwierigen Zeiten darüber hinaus die Institutionen von mehr Zusammenarbeit, und dies gelte auch operationell für EU und NATO.

In der anschließenden Fragerunde bemerkte **Ante Kotromanović** dazu, dass es für kleinere Länder besonders wichtig sei, sich gut zu vernetzen. Weiter unterstütze Kroatien eine NATO-Erweiterung vorbehaltlos. Allerdings müsse Europa sich überlegen, wie die eigene Sicherheit auch ohne Hilfe der Vereinigten Staaten zu gewährleisten sei, und gemeinsam interoperable und robuste Fähigkeiten entwickeln sowie auch in entsprechende Einsätze gehen. **Roman Jakič** bekräftigte, angesichts der finanziellen Herausforderungen und der wenigen Länder, die das Ziel von zwei Prozent erfüllten, sei eine verstärkte Zusammenarbeit alternativlos. Sehr zu begrüßen seien daher die *Centers of Excellence* der NATO, in denen alle Mitglieder das einbringen könnten, was sie besonders gut könnten. Die Zusammenarbeit zwischen Slowenien und Kroatien gehe nun, da beide Länder in der EU und in der NATO seien, in eine neue Phase.

Der Generalstabschef der kroatischen Streitkräfte **Generalleutnant Drago Lovrić** erläuterte in seinem Vortrag zunächst die strategische Sicherheitssituation Kroatiens. Während direkte Angriffe auf Kroatien oder das Gebiet von EU bzw. NATO wenig wahrscheinlich seien, stellten nicht-militärische Bedrohungen und Terrorismus ein mittleres Risiko dar. Insbesondere die internationale organisierte Kriminalität und Proliferation seien hoch einzustufende Risiken. Kroatien sei inzwischen von einem Konsumenten zu einem Anbieter von Sicherheit geworden. Die Transformation der kroatischen Streitkräfte habe dazu geführt, dass neue Strukturen Fuß gefasst hätten. Das Aufgabenspektrum der kroatischen Streitkräfte reiche von der Verteidigung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit über den Beitrag zur internationalen Sicherheit bis hin zur Unterstützung ziviler Ein-

richtungen. Als Antwort auf die neuen Herausforderungen und Bedrohungen müssten neue militärische Fähigkeiten entwickelt werden, u. a. im Rahmen von *Smart Defence, Pooling and Sharing* und regionalen Initiativen. Potenziell problematische Bereiche seien die Überwachung und der Schutz des Luftraums, wo sich die Frage nach einer regionalen Lösung stelle, der Verteidigungshaushalt mit der Frage nach den Auswirkungen einer weiteren Kürzung auf Modernisierungsprojekte, die Ausweitung nicht traditionell militärischer Aufgaben und Güter mit doppeltem Verwendungszweck bei möglicher Verfügbarkeit von EU-Mitteln (z. B. zur Waldbrandbekämpfung) sowie der Schutz der See in einem interinstitutionellen Ansatz. Der Europäische Rat sollte entsprechende Projekte unterstützen und es sollten sowohl Mittel der NATO wie auch der EU dafür verfügbar gemacht werden.

Der Berichterstatter **Xavier Pintat** (Frankreich) führte in seinen Bericht zum Thema **„Von *Smart Defence* zu Strategischer Verteidigung: *Pooling and Sharing* von Anfang an“** ein. Hiernach sollten *Smart Defence*-Initiativen besser an strategische Prioritäten gebunden sein, im frühesten Stadium von Forschung und Entwicklung angewandt werden und insbesondere in Europa in Verbindung mit parallelen Bemühungen zur Stärkung der wehrtechnischen Industrie einhergehen müssen. *Smart Defence* ersetze nicht die Verantwortung eines Staates zum Erwerb und zur Erhaltung eigener Fähigkeiten, sondern solle die Staaten vielmehr ermuntern, mit den vorhandenen Mitteln mehr zu machen. Die Bemühungen von NATO und EU sollten einander ergänzen, um Doppelungen zu vermeiden, und es müsse weiter auf die Entwicklung von Zukunftsfähigkeiten geachtet werden.

Generalleutnant **Mark O. Schissler**, stellvertretender Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, beleuchtete in seinem Vortrag zum Thema **„Laufende NATO-Operationen und ein Ausblick in die Zukunft“** die laufenden Operationen der NATO in Afghanistan (ISAF), Kosovo (KFOR), im Golf von Aden (OCEAN SHIELD), im Mittelmeerraum (ACTIVE ENDEAVOUR) und in der Türkei nahe der syrischen Grenze (Stationierung von Patriot-Raketen), wobei der Schwerpunkt in Afghanistan liege. Das Ende von ISAF und die geplante Folgemission RESOLUTE SUPPORT zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte sei mit verschiedenen Herausforderungen verbunden, u. a. mit Blick auf den bald beginnenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl. Der Operationsplan für die ISAF-Folgemission sei in Vorbereitung, während die Vereinigten Staaten gleichzeitig mit Afghanistan über ein bilaterales Abkommen verhandelten und man daneben auch den eigenen Abzug organisieren müsse. Fortschritte gebe es vor allem beim Zugang zu Bildung, insbesondere auch für Mädchen, und der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Während die Zahl der Opfer bei ISAF weiter signifikant sei, insgesamt aber sinke, steige die Zahl der Opfer unter den afghanischen Sicherheitskräften. Dies werfe die Frage auf, wie lange dies noch absorbiert werden könne. Im Kosovo habe der Dialog zwischen Pristina und Belgrad dazu beigetragen, die Lage weiter zu stabilisieren. Bei OCEAN SHIELD gebe es fast keine Gewalt mehr. Es würden derzeit noch ca. 50 Geiseln festgehalten. Wenn es um die am Vortag im Rahmen der Plenarsitzung gestellte Frage gehe, wo die NATO sei, seien ferner auch die Überwachung und der Schutz des Luftraums über der Ostsee und auf dem Balkan zu nennen sowie die Eingreiftruppe *NATO Response Force* (NRF). Neben der weiteren Entwicklung in Afghanistan sorge derzeit vor allem die Lage in Mali und in Syrien für Ungewissheit. In Syrien sei die Flüchtlingsproblematik mit besonderen Herausforderungen verbunden, so seien die Interessen und Gruppierungen unübersichtlich, und es bestehe die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes. An 32 Prozent der NATO-Projekte seien nur die europäischen Verbündeten beteiligt, während bei den übrigen 68 Prozent auch die nordamerikanischen Verbündeten involviert seien. Den meisten Menschen sei nicht bewusst, wie viele Partnerschaften die NATO in Europa und weltweilt habe. Die Operation UNIFIED PROTECTOR in Libyen sei ein Bespiel für eine Operation mit breiter Partner-Basis.

Generalberichterstatter **Sven Mikser** (Estland), knüpfte an die Beratung des Generalberichtsentwurfs bei der Frühjahrstagung der NATO PV im Mai 2013 in Luxemburg an und stellte seinen im Lichte der damaligen Debatte überarbeiteten Bericht **„Afghanistan: 2014 und die Zeit danach“** vor. Nach 2014 habe die internationale Gemeinschaft die Gelegenheit in Afghanistan zu reinvestieren, um die bislang erzielten erheblichen Gewinne zu konsolidieren und eine lang andauernde Partnerschaft zu begründen. Die langfristige Stabilität des Landes werde auch von Fortschritt in der Zivilgesellschaft, bei der Regierungsführung, wirtschaftlichem Wachstum und potenziell von der Versöhnung und Integration von Aufständischen abhängen. Die NATO müsse nun zeitnah ihr Engagement in einer ISAF-Folgemission festlegen und verstehen, dass ihre Rolle jetzt mit über die Arbeitsweise, Kultur und Doktrin der afghanischen Sicherheitskräfte entscheide. Bei der folgenden Aussprache wurden die auch nach 2014 erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen diskutiert. Eine Rolle spielten zudem die Äußerungen des afghanischen Präsidenten Karsai, die NATO-geführte Mission habe seinem Land auch viel Leid gebracht und bis heute keine nachhaltige Sicherheit. Der Generalbericht wurde mit Änderungen, wie etwa zur Nichtverhandelbarkeit von Frauen- und Menschenrechten, einvernehmlich angenommen.

Die Berichterstatterin **Nicole Ameline** (Frankreich), führte in ihren Bericht zum Thema **„Transatlantische Beziehungen, weltweite Partner: Die Umsetzung des neuen Strategischen Konzepts durch Kooperation und**

Partnerschaft“ ein und unterstrich die weiterhin zentrale und entscheidende Bedeutung der transatlantischen Verbindung. Um einen Schritt weiter zu gehen, müsse die interne Konsolidierung einhergehen mit einem verstärkten externen Dialog. Die NATO-Operation UNIFIED PROTECTOR in Libyen habe erneut die Bedeutung der Partnerschaften des Bündnisses gezeigt. Die Verbündeten und Partner hätten ein gemeinsames Interesse daran, den neuen globalen Bedrohungen zu begegnen, die sich aus dem internationalen Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Cyber-Angriffen, Piraterie auf See oder umweltbedingten Notsituationen ergäben. Außerdem brächten die Partner entscheidende politische und operationelle Unterstützung für die Operationen der NATO ein. In der Diskussion bekräftigte die Berichterstatterin, die Vereinigten Staaten hätten bei der Operation in Libyen die Führung übernommen. Es komme nun darauf an, die Lehre aus den Krisen in Libyen und in Mali zu ziehen und in Europa eine Abrüstung zu vermeiden. Mit Blick auf eine entsprechende Passage im Berichtsentwurf wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern Frankreich und das Vereinigte Königreich bereits eine gemeinsame strategische Vision hätten bzw. Europa eine solche dringend benötige. Ebenso wurde die im Berichtsentwurf angesprochene Mitteilung der Europäischen Kommission über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors erörtert. Unter Hinweis auf die Kommentare wurde der Bericht schließlich einvernehmlich angenommen.

Der Kommandeur Spezielle Operationen der französischen Streitkräfte und ehemalige Kommandeur der Operation SERVAL **General Grégoire de Saint-Quentin** trug zu dem Thema **„Mali und regionale Sicherheit“** vor. Es sei gelungen, auf bilateraler und internationaler Basis Unterstützung für das französische Handeln zu mobilisieren. Die Aktion sei wichtig gewesen, weil Mali eine Brückenfunktion für die Verbindung von zwei Welten habe. Zum Zeitpunkt der Intervention am 11. Januar 2013, als der Präsident Malis um Hilfe gebeten habe, habe bereits seit einem Jahr Chaos geherrscht. Verstöße gegen die Menschenrechte von Seiten der Dschihadisten im Norden, die Situation der Tuareg, die Schmuggler im Norden sowie der zunehmende Rückzug des Staates von dort haben dabei eine Rolle gespielt. Das Eingreifen des Westens sei für die Extremisten überraschend gekommen. Dies sei ein Vorteil für Frankreich gewesen. Bei der Entscheidung für die schnelle Reaktion habe es eine Rolle gespielt, dass die Vorstöße aus dem Norden erfolgt und dass Luftangriffe gut möglich gewesen seien. Einige Streitkräfteteile seien zudem bereits in Afrika gewesen und weitere 4 000 Soldaten seien auf dem Luft- bzw. Seeweg aus Frankreich vor Ort gebracht worden. Die Unterstützung von Partnern beim strategischen Lufttransport sei ein weiterer Faktor gewesen, der ein rasches Handeln ermöglicht habe. Nach der schnellen Rückeroberung hätten bei der Verfolgung der Gegner heftige Kämpfe begonnen. Die klimatischen Bedingungen seien dabei für die Menschen und die Ausrüstung sehr hart gewesen. Lobenswert sei in diesem Zusammenhang das Engagement der afrikanischen Einheiten, insbesondere aus dem Tschad, die auch in den Bergen im Norden dabei gewesen seien. Dort sei insbesondere die Logistik eine gewaltige Anstrengung gewesen, obwohl man sich auf ein Minimum des Notwendigen beschränkt habe. Die Terroristen hätten hingegen in den Bergen ihre militärische Infrastruktur gehabt. Die Arsenale seien zum Teil mit Beständen aus Libyen gefüllt gewesen, vor allem aber auch aus malischen Beständen der Offensive von 2012. Wichtig für den Erfolg sei gewesen, dass man alle militärischen und zivilen Akteure auf ein einheitliches Ziel hin mobilisiert und dafür ein System der regionalen Koordinierung auf allen Ebenen gefunden habe. Neben dem strategischen und taktischen Überraschungsmoment beim Zurückschlagen der Offensive aus dem Norden sei schließlich für den Erfolg auch ausschlaggebend gewesen, dass man seine Taktik angepasst und gewusst habe, wann man kämpfen müsse und wann nicht.

Anschließend ging der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) für Mali und Leiter der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) **Bert Koenders** zunächst auf die komplexen Ursachen der gegenwärtigen Krise mit ihren vielen verschiedenen Risiken ein. Diese reichten von der Armut über die Ausgrenzung bestimmter Gruppen bis hin zu den terroristischen Gruppierungen. Im Mandat stehe die Sicherheit ganz oben, und dies wünschten sich auch die Menschen vor Ort. Ohne Sicherheit werde auch das wirtschaftliche Leben nicht wieder beginnen. Die malischen Streitkräfte seien ohne Struktur und Führung. Hinzu kämen politische Herausforderungen. Neben struktureller Präsenz des Staates im Norden seien eine funktionierende Justiz, die Wahrung der Menschenrechte, die Rückführung der Flüchtlinge sowie die Reform des Sicherheitssektors nötig. Die Ausbildungsmission der EU müsse jedenfalls unbedingt fortgesetzt werden. Mali bzw. die ganze Sahelzone seien für Europa von strategischer Bedeutung. Außerdem trage Europa eine gewisse Verantwortung wegen des Zusammenhangs mit den Ereignissen in Libyen. Weiter sei Europa aufgrund des Drogen- und Menschenhandels und der Flüchtlinge sowie der terroristischen Bedrohung betroffen. Die unzureichend ausgerüsteten afrikanischen Streitkräfte müssten unterstützt werden, u. a. mit *Enabler*-Fähigkeiten, aber auch mit bilateraler Ausbildungshilfe. Auch in finanziell schwierigen Zeiten müssten hier Prioritäten gesetzt und Mali ernst genommen werden. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit könne man z. B. mit kleinen Dingen wie Strom und einfachen sozialen Diensten wirkungsvolle Akzente setzen. Die Mission sei jedenfalls mit realistischen Zielen machbar.

Die Sonderberichterstatterin **Nicole Ameline** (Frankreich) unterstrich bei der Vorstellung ihres Sonderberichtsentwurfs **„Krisenregion vor den Toren Europas: Eine neue strategische Nord-Süd-Partnerschaft für die Sahelzone“**, dass es im Interesse der Regierungen der Mitglieder von EU und NATO liege, ihre Strategien über die Sahelzone neu auszurichten. Außerdem könnten die französischen Bemühungen in der Operation SERVAL zwar als erfolgreich angesehen werden, aber das militärische Eingreifen müsse auch ein Weckruf im Hinblick auf die Notwendigkeit sein, ausreichende Mittel vorzuhalten, um künftig derartige Krisen zu verhindern oder ihnen zu begegnen. Langfristig sei eine echte Nord-Süd-Partnerschaft für die Sahelzone von Bedeutung. Im Verlauf der folgenden Aussprache wurde die Gefahr erörtert, dass Mali zu einem „zweiten Afghanistan“ werden könnte. Diskutiert wurden die Fragen der Operationsfähigkeit der verbleibenden bzw. in die Nachbarländer ausgewichenen Terroristen, der Herkunft der Waffen, der Finanzierung der Dschihadisten, der voraussichtlich nötigen Dauer des internationalen militärischen Engagements und der Chancen für einen politischen Prozess. Der Sonderberichtsentwurf wurde unter Aufnahme eines Verweises auf die VN-Resolution 690 einvernehmlich angenommen.

Der Befehlshaber der kroatischen Marine **Konteradmiral Robert Hranj** ging in seinem Vortrag zur **„Kroatischen Marine im neuen Sicherheitsumfeld“** auf die neuen Bedrohungen, die neuen Einsätze und Aufgaben für Marine-Teilstreitkräfte, das neue Marine-Konzept und die neue Doktrin, Organisation und Ausbildung der kroatischen Marine ein. Das maritime Umfeld sei komplex, von wechselseitiger Abhängigkeit geprägt, zivil-militärisch zu betrachten, unvorhersehbar und globalisiert. Zum neuen Ansatz gehörten daher u. a. eine andere Ausbildung und die Zusammenarbeit mit zivilen Bildungseinrichtungen. Die Sicherheit im Mittelmeerraum werde u. a. von irregulären Migrationsströmen, Umweltverschmutzung, Waffenhandel und Terrorismus bedroht. Im Bereich der Verteidigung und Abschreckung stehe die Verteidigung im Bündnis im Vordergrund, im Bereich der Internationalen Sicherheit Einsätze zur Unterstützung des Friedens und im Bereich der Unterstützung ziviler Einrichtungen die Aufgabe, dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Nach der international genutzten, neunstufigen Hierarchie von Eric Grove sei die kroatische Marine auf den Stufen 6 bis 7 als *Off-shore* bzw. *In-shore Territorial Defense Navy* einzuordnen.

Die Entschließung über den Entwurf **„Afghanistan: ein erneuerter sicherheitspolitischer, politischer und wirtschaftlicher Fahrplan für 2014 und die Zeit danach“** vom Generalberichterstatter **Sven Mikser** (Estland) wurde einstimmig, jedoch mit einigen Änderungen angenommen. Darunter die von dem Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** als Leiter der deutschen Delegation eingebrachten und von den Abgeordneten **Robert Hochbaum** und **Johannes Pflug** (Deutschland) vertretenen Änderungsanträge, in denen es insbesondere um nachhaltige Investitionen in die afghanischen Sicherheitskräfte auch nach dem Ende von ISAF ging. Da der Generalberichterstatter in Bezug auf die vorgeschlagenen Formulierungen dafür plädierte, das Wort „Abzugsdividende“ beizubehalten, wurde schließlich eine Kompromissformulierung angenommen, mit der im Ergebnis die Reinvestition eines Teils der Abzugsdividende gefordert wurde. Einvernehmlich angenommen wurden ferner Änderungsanträge der deutschen Delegation zur Klarstellung der unterstützenden Rolle der internationalen Gemeinschaft sowie zum ausdrücklichen Verweis auf den Friedens- und Versöhnungsprozess in der Entschließung. Nach kontroverser Debatte mehrheitlich – insbesondere auch vom Generalberichterstatter und den Mitgliedern der deutschen Delegation – abgelehnt wurde ein Antrag der russischen Delegation, die die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in ganz Afghanistan von ISAF an die afghanischen Sicherheitskräfte nicht begrüßte, sondern nur zur Kenntnis nehmen wollte und dies mit Realismus angesichts der aus ihrer Sicht schlechteren Sicherheitslage in den Gebieten begründete, in denen die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung übernommen hätten. Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) unterstrich jedoch als Generalberichterstatter die Bedeutung der Übergabe der Sicherheitsverantwortung als „Meilenstein 2013“.

5. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 12. Oktober 2013, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Petras Auštrevičius** (Litauen). Zentrale Themen der Sitzung waren das transatlantische Freihandelsabkommen, die Wirtschaftsintegration im Mittelmeerraum sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen durch nichtkonventionelles Öl und Gas.

Der kroatische Wirtschaftsminister **Ivan Vrdoljak** gab in seinem Vortrag zum Thema **„Die Wirtschaft Kroatiens“** einen Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen Kroatiens seit 1989 und sagte, sein Land spüre noch immer einige Auswirkungen des Kommunismus und Krieges. Zu den Nachbarn bestünden weiterhin enge wirtschaftliche Verbindungen, auch aus sprachlichen Gründen. Der Minister erklärte, die Mitgliedschaften in der NATO und seit Sommer auch in der EU hätten die Entwicklung und Stabilität Kroatiens positiv beeinflusst. Aufgrund der anhaltenden Rezession sei die wirtschaftliche Entwicklung jedoch rückläufig. Kroatien verfolge ehr-

geizige Ziele bei der Haushaltssanierung, in der Beschäftigungspolitik, bei der Bekämpfung von Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung. Die Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft müsse gesteigert werden, Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas seien weiterhin notwendig. Man lege großen Wert darauf, ein stabiler und zuverlässiger Partner zu sein. In der Diskussion bat der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Petras Auštrevičius** (Litauen), um eine Einschätzung der makroökonomischen Tendenzen in den anderen ehemaligen jugoslawischen Ländern. Minister **Ivan Vrdoljak** erklärte, Kroatien unterstütze alle Balkanstaaten auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in NATO und EU. Die Anpassung an den großen europäischen Markt sei nicht einfach, es gebe Vorteile, aber auch Nachteile für die eigenen Wirtschaftszweige. Im Mittelpunkt stehe jedoch die langfristige Entwicklung, er sehe keine andere Alternative für Frieden und Stabilität. Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) thematisierte die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Abwanderung der Arbeitskräfte. **Ivan Vrdoljak** wies auf die geplanten Strukturreformen in Industrie und im Dienstleistungssektor hin, die Regierung und öffentliche Institutionen müssten Vertrauen zurückgewinnen.

Ph. D. Simon Evenett, Professor für Außenwirtschaft und Entwicklung an der Universität St. Gallen, beschrieb in seinem Vortrag zum Thema **„Aussichten und Implikationen eines transatlantischen Freihandelsabkommens“** den historischen Hintergrund der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Befürworter bilateraler Freihandelszonen sähen keine Alternativen aufgrund des Stillstands der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO). Inzwischen stehe Handelspolitik im engen Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Erwägungen. Die TTIP-Initiative sei daher auch eher in einem strategischen und geopolitischen Kontext zu sehen, der ökonomische Nutzen werde geringer sein, erklärte Simon Evenett. Bilaterale Freihandelsabkommen schwächten zudem die multilaterale Welthandelsorganisation und unterliefen deren allgemein anerkannte Regeln. Als Beispiel nannte er die zwischenstaatliche Streitschlichtung, bei der die WTO sich bewährt habe. Für die aktuellen Verhandlungen zwischen USA und EU nannte er folgende Punkte: verbleibende Zölle auf Industrieprodukte, bindende Wirkung von bestehenden Abkommen auf TTIP, Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte, Harmonisierung von Standards und Regulierung sowie gegenseitige Anerkennung für Normen und Recht (u. a. Wettbewerbs- und Arbeitsrecht). In der Diskussion nannte der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) gegenseitiges Vertrauen als Grundbedingung für die Verhandlungen. Die NSA-Spionageaffäre beeinträchtige die Vertrauensbildung jedoch erheblich. Er erklärte, Liberalisierung sei grundsätzlich zu begrüßen. Im Zusammenhang mit den Finanzmärkten gebe es aber große Bedenken, zumal Regulierung teuer sei. **Simon Evenett** sprach davon, Vertrauen und Geheimhaltung in Verbindung zu bringen. Durch eine Liberalisierung der Finanzmärkte dürfe die finanzielle Stabilität nicht gefährdet werden. Die Mitglieder des Ausschusses thematisierten auch die Entwicklungen auf den globalen Energiemärkten und Veränderungen der bestehenden Handelssysteme durch aufstrebende Länder wie China, Indien und Brasilien.

In seinem Vortrag zum Thema **„Aussichten und Hemmnisse einer breiten Wirtschaftsintegration im Mittelmeerraum“** führte **Ph. D. Bichara Khader**, Direktor des Zentrums für arabische Studien und Forschung (CERMAC) und Professor an der Fakultät für politische, wirtschaftliche und soziale Wissenschaften, Universität Louvain, Belgien, den Zusammenbruch der alten politischen Systeme im arabischen Mittelmeerraum auf mangelnde Transparenz und fehlende Mitsprache zurück. Die autoritären Regierungen hätten Korruption und Vetternwirtschaft auf Kosten der Bevölkerung etabliert und es versäumt, Arbeitsplätze für die jungen, gut gebildeten Menschen zu schaffen sowie eine moderne Wirtschaft zu entwickeln. In den ölreichen Staaten sei der öffentliche Sektor zu Lasten der Wirtschaft aufgebläht worden. Bichara Khader fuhr fort, der arabische Raum sei stark fragmentiert, trotz einer gemeinsamen Sprache gebe es nur zehn Prozent Handel untereinander und keinen integrierten Binnenmarkt. Er wies auf die Arabische Liga hin, die die Integration fördern könne, und nannte den Golf-Kooperationsrat (GCC) als gutes Beispiel für Regionalentwicklung. Wichtig sei auch die Unterstützung durch die westlichen Länder, die von einer guten Entwicklung im Mittelmeerraum profitierten. In der Diskussion erklärte Bichara Khader, Jordanien sei ein Beispiel für Stabilität in der Region und ohne autoritäre Traditionen. Jedoch drohe durch die vielen Flüchtlinge aus den regionalen Konflikten ein Chaos. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) thematisierte die Konfrontation mit Israel. **Bichara Khader** erklärte, religiöse Konfrontation, und auch die in Richtung Israel, sei lange instrumentalisiert worden und würde nach wie vor benutzt. In vielen Ländern fehlten Erfahrungen mit politischen Konfliktlösungen. Unterstützung werde gebraucht bei der Entwicklung einer Gesellschaft von Gläubigen hin zu einer säkularen Demokratie. Stabile politische Führung sei entscheidend für Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung. Abschließend nahm er Bezug auf die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer, die einen dringenden Handlungsbedarf zeige.

Der Berichterstatter **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) erklärte eingangs, sein Bericht zum Thema **„Die Integration der Volkswirtschaften des Mittelmeerraums“** sei an aktuelle Entwicklungen angepasst, in der Substanz aber nicht verändert worden. Er wies auf die nach wie vor bestehende schwere politische und gesellschaftliche Instabilität der Region hin. Es gebe Kräfte, die am Erhalt der Situation interessiert seien. Trotz vieler Hindernisse für

die regionale Integration im Mittelmeerraum – Nord-Süd wie Süd-Süd – gebe es Zwischenschritte, die die Lage verbessern könnten. Der Berichterstatter erklärte, der einseitige Abbau der Zollschranken und der nichttarifären Hemmnisse wären für die handelsarme Region hilfreich. Europa und Nordamerika könnten durch die Öffnung ihrer Märkte für Einfuhren aus dem südlichen Mittelmeerraum sowie durch Unterstützung bei der Einrichtung von Institutionen für Produkt- und Verfahrensnormen entscheidende Beiträge leisten. Abschließend sagte er, die heranwachsenden Eliten, die mehr politischen und wirtschaftlichen Pluralismus einforderten, müssten in einen regionalen und globalen Dialog über die Vorteile der Öffnung und Integration eingebunden werden. In der Diskussion erklärte der Berichterstatter, der Bericht könne nicht für alle Probleme Lösungen aufzeigen, es gehe um Ansätze für eine stärkere Zusammenarbeit. Er regte an, sich 2014 intensiver mit exemplarischen Kooperationen zu beschäftigen. Der Abgeordnete **Sir Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) sprach die Auswirkungen illegaler Migration und der Schuldenkrise an. Der Berichterstatter **Uwe Beckmeyer** erklärte, die verstärkten Migrationsbewegungen könnten nur durch Perspektiven für die Menschen im eigenen Land und die Verbesserung der dortigen ökonomischen Bedingungen minimiert werden. Der Berichtsentwurf wurde mit einigen Veränderungen einstimmig angenommen.

Die Berichterstatterin **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) wies eingangs auf die Aktualisierung des Zahlenmaterials in ihrem Bericht zum Thema **„Verteidigungsausgaben, nationale Sicherheit und Bündnissolidarität“** hin. Als Teil des Prozesses der Haushaltskonsolidierung seien die Verteidigungshaushalte in vielen Ländern weiter Kürzungen unterworfen. Streichungen im Beschaffungsbereich gingen überwiegend zu Lasten der Kooperation, da nationale Interessen weiterhin im Vordergrund stünden. Dabei bestehe die Gefahr der Abnahme der Fähigkeiten, wenn die Effizienz nicht erhöht werde. Sie mahnte, die Ausgaben dürften nicht weiter fallen. Im Rahmen der *Smart Defence*-Initiative solle deshalb die Zusammenarbeit vorangebracht und vertieft werden. Die Berichterstatterin warb auch für einen integrierten transatlantischen Verteidigungsmarkt. Dieser würde die Verteidigungskosten senken, die verteidigungspolitische Bindung stärken und die nationalen Verteidigungsindustrien stärkerem Wettbewerb mit Blick auf Preis und Qualität aussetzen. Gleichzeitig sei eine strategische Neuausrichtung von grundlegender Bedeutung. Der Schutz weltweiter Ressourcen werde für das Bündnis zu einem immer stärker an Bedeutung gewinnenden Anliegen. Abschließend erklärte sie, insgesamt seien die Verteidigungsausgaben neu auszutarieren, um einen höheren Anteil für langfristige Investitionen in Ausrüstung, Beschaffung, Forschung und Einsätze vorsehen zu können. In der Diskussion baten zwei spanische Abgeordnete, die aktuellen Reformen im Verteidigungsbereich ihres Landes zu berücksichtigen und den Beitrag Spaniens bei den Auslandseinsätzen stärker zu betonen. Der Abgeordnete **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich) erklärte, man müsse einen Ausgleich zwischen militärischen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten finden. Er war für mehr *Pooling and Sharing*. Der Ausschuss stimmte dem Bericht mit einigen Änderungen zu.

Der Generalberichterstatter **Jeppe Kofod** (Dänemark) erklärte in seinem Generalbericht zum Thema **„Die wirtschaftlichen und strategischen Implikationen der Revolution durch nicht-konventionelles Öl und Gas“**, auch die Erkenntnisse der Reise des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ nach Texas seien in diesen Berichtsentwurf eingeflossen. Die US-Rohölimporte seien durch die Erschließung eigener unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen so niedrig wie vor 16 Jahren. Das habe die US-Handelsbilanz befördert und die eigene Energieversorgungssicherheit gesteigert. Europa stehe durch die fallenden Gaspreise in den USA vor einem Konkurrenzproblem bei Wirtschaftsunternehmen. Die niedrigeren Preise hätten auch strategische Auswirkungen, z. B. auf die russische Handelsbilanz. Abschließend erklärte er, eine Diversifizierung der Energieversorgung sowie eine nachhaltige Energieerzeugung und Verbesserung der Energieeffizienz müssen angestrebt werden. In der Diskussion thematisierte die Senatorin **Christina de Pietro** (Italien) die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit und warb für einen klaren gemeinsamen Gesetzesrahmen in der EU für die Förderung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen. **Jeppe Kofod** nahm Bezug auf die „zwölf goldenen Regeln“ der Internationalen Energieagentur (IEA), die eine umfassende Orientierung für den Erlass von Vorschriften und für die Überwachung von deren Einhaltung böten. Der Vorsitzende des Ausschusses Abgeordneter **Petras Auštrevičius** (Litauen) sprach sich dafür aus, das Thema nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn im nächsten Jahr kein Bericht vorgesehen sei. Der Berichtsentwurf wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Im Hinblick auf die Beratung des von dem Berichterstatter **Jeppe Kofod** (Dänemark) vorgelegten Entschließungsentwurfs **„Die wirtschaftlichen und strategischen Implikationen der Revolution durch nicht konventionelles Öl und Gas“** erklärte er, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Es müsse sichergestellt sein, dass sich die extern bedingten Kosten von Produktion und Nutzung im Endpreis widerspiegeln. Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Für das Jahr 2014 stünden die wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien und deren Auswirkungen auf Europa sowie Nordamerika im Vordergrund der Aktivitäten des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, sagte dessen Vorsitzender, Abgeordneter **Leon Benoit** (Kanada). Dazu seien Besuche in Japan und in Vancouver (Kanada) geplant. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“, Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich), berichtete, für die Themen dieses Unterausschusses im nächsten Jahr – die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Sahelzone – seien Reisen nach Marokko und Mali vorgesehen. Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses, **Francis Hillmeyer** (Frankreich), stimmten die Mitglieder einstimmig der Umbenennung des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz (ESCEW)“ in „Übergang und Entwicklung (ESCTD)“ zu. Hintergrund für den Vorschlag waren die Themen und aktuellen Schwerpunkte, mit denen der Unterausschuss sich inzwischen beschäftigt.

Zu stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses wählten die Mitglieder die Abgeordneten **Sir Peter Bottemley** (Vereinigtes Königreich) und **Faik Öztrak** (Türkei). Neuer Generalberichterstatter wurde der Abgeordnete **Diego López Garrido** (Spanien). Im umbenannten Unterausschuss „Übergang und Entwicklung“ ist der Abgeordnete **Francis Hillmeyer** (Frankreich) neuer Vorsitzender sowie der Abgeordnete **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich) stellvertretender Vorsitzender. Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurden der Abgeordnete **Menno Knip** (Niederlande) zum Vorsitzenden und der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 12. Oktober 2013, und am Sonntag, 13. Oktober 2013, unter dem Vorsitz von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich). Zentrale Themen der Sitzung waren die Entwicklungen auf dem Westbalkan, der Beitrag zur Stabilisierung der MENA-Region, Syrien, Südosteuropa und die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates im Bündnis.

Die Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** (Deutschland) wies bei der Vorstellung ihres Generalberichts zum Thema **„Den demokratischen Wandel in der MENA-Region fördern und unterstützen“** einleitend darauf hin, dass die Veränderungen in der MENA-Region einmalig und nicht vergleichbar mit den Umbrüchen in Zentral- und Osteuropa seien. Deshalb sollte die internationale Staatengemeinschaft mit Bedacht darauf reagieren. Am meisten springen der politische Erfolg islamistischer Gruppen und deren Einfluss auf die Politik ins Auge. Zu den Zweifeln an den Versprechen der neuen Regierungen, Demokratie und Menschenrechte zu achten – insbesondere auch die Gleichbehandlung der Frauen – gesellten sich Fragen zur demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und des Sicherheitsbereiches. Sie regte an, dass sich die euro-atlantische Gemeinschaft auf bestimmte „rote Linien“ verständigen sollte, wenn sie den MENA-Ländern Unterstützung gewähre. Selbst wenn in den Ländern *pro forma* Demokratie herrsche, blieben diese Staaten solange instabil, wie sie ethnisch und konfessionell diskriminierten und auch Frauenrechte missachteten.

Helga Schmid, stellvertretende Generalsekretärin für politische Angelegenheiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), plädierte in ihrem Vortrag zum Thema **„Strategie der EU für die MENA-Region“** eingangs für weiteres Engagement der euro-atlantischen Gemeinschaft in der MENA-Region, weil diese in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa und ein Engagement deshalb im Interesse Europas an sicheren Staaten läge. NATO wie EU kooperierten erfolgreich miteinander. Beim Übergangsprozess liefere die EU weitreichende Unterstützung, indem sie internationale Geldgeber, den privaten Sektor und die Zivilgesellschaft einbeziehe, zugleich jedoch die Zuwendungen mit klaren Vorgaben für einen zukunftsfesten demokratischen Aufbau verknüpfe. In Ägypten sei die EU Hauptansprechpartner. Gerade dort müsse der Versöhnungsprozess vorangetrieben und dürfe niemand zurückgelassen werden. Im Libanon unterstütze die EU das Militär mit zahlreichen Projekten in der Förderung zivil-militärischer Kooperationen. Mittels der Kairo-Gruppe sei die EU auch in Libyen aktiv, z. B. bei Wahlbeobachtungen, dem Aufbau bürokratischer Einrichtungen und der Zivilgesellschaft. Besorgt zeigte sie sich über den Iran, der trotz internationaler Bemühungen sein Nuklearprogramm fortschreibe. Zwar habe die Doppelstrategie – Sanktionen und Unterstützung – einige positive Effekte gehabt, damit sei das Problem aber noch lange nicht vom Tisch. Wegen Irans großer Bedeutung in der Region sollte die euro-atlantische Gemeinschaft die Urananreicherung separat betrachten und angesichts des iranischen Interesses an Syrien und Irans Finanzierung terroristischer Gruppen weiterhin in einem konstruktiven Dialog mit dem Iran stehen. Ganz oben auf der EU-Tagesordnung stehe die Gleichstellung von Mann und Frau als ein Grundrecht. In Anbetracht der verheerenden Folgen der Konflikte in der Region für die Frauen, müsse Gewalt an oder Benachteiligung von Frauen sofort sanktioniert werden. Unbestreitbar seien Länder, wo Frauenrechte respektiert und ihre Teilhabe am politischen und öffentli-

chen Leben gefördert werde, friedlicher als andere Nationen. Die EU betreibe zahlreiche Projekte, um gleichwertige Teilhabe von Männern und Frauen zu bewerkstelligen und diesem Ziel abträglichen Tendenzen entgegenzusteuern. Der Abgeordnete **Nigel Dodds** (Vereinigtes Königreich) zeigte sich besorgt über die zunehmende Gewalt – besonders in Ägypten – gegen Christen und andere religiöse Minderheiten und fragte die EU-Repräsentantin, was dagegen unternommen werde. **Helga Schmid** teilte die Besorgnis und erläuterte, dass die EU diese Problematik bei jeder Gelegenheit auf allen Ebenen anspreche. Die Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) warb für Geduld und Unterstützung der MENA-Länder und wollte zugleich wissen, wie die Bevölkerung von dem langfristigen Erfolg der Demokratiebewegung zu überzeugen sei. Die Abgeordnete **Ulla Schmid**t (Deutschland) bestätigte aufgrund eigener Erfahrungen in Deutschland, dass diese Prozesse Zeit benötigten. Externe Akteure wollten in Ägypten jedoch Einfluss nehmen, ohne damit demokratische und rechtsstaatliche Ziele zu verfolgen. Europa müsse letztlich mit dazu beitragen, dass die Menschen in den MENA-Ländern ein gutes Leben führen können. Die EU-Repräsentantin ergänzte, nach dem Prinzip *more for more* gewähre die EU in dem Maße Geld und Unterstützung, in dem die demokratische Entwicklung voranschreite. Dezidiert wies die Abgeordnete **Ulla Schmid**t die Kritik des Abgeordneten **Muhammed Çetin** (Türkei) zurück, der Bericht sei streckenweise undifferenziert und verhöhne Menschen anderer Kulturkreise. Der Abgeordnete **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) bekräftigte, dass Frauenrechte universell zu achten seien und nichts mit kulturellen Unterschieden zu tun hätten.

Professor Joseph Bahout, Politikwissenschaftliche Fakultät Sciences Po, Paris, schilderte in seinem Vortrag zum Thema **„Syrienkrise: Auswirkungen auf die Region und die Reaktion der Weltgemeinschaft“** die regionalen Gegebenheiten, auf der die Syrienkrise gründe, und warnte vor einem Flächenbrand, der die Nachbarländer erfassen könne. Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten führe dann unweigerlich zu Spannungen im Libanon und Irak. Zudem werde das Sozialgefüge Jordaniens und der Türkei durch den erwarteten Flüchtlingsstrom strapaziert. Eine Lösung für die Syrienkrise könne darin bestehen, dass eine Übergangsregierung mit uneingeschränkten Exekutivrechten gebildet und freie demokratische Wahlen abgehalten werden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die internationalen Verhandlungspartner zu einer gemeinsamen Linie finden und die syrische Führung sich von der Idee verabschiede, sie könne noch siegen. Er warnte vor einem instabilen, fragmentierten Syrien, das in der Region gleichsam eine Zeitbombe sei. Die euro-atlantische Gemeinschaft könne die Negativeffekte des Konfliktes dadurch abmildern, dass sie sich mehr bei der Flüchtlingsfrage engagiere und für die Nachbarstaaten Jordanien und Libanon ein Sicherheits- und Wirtschaftsnetz aufbaue. Bei der Diskussion zeigte sich **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) besorgt über die verschiedenen, in Syrien operierenden Terrorgruppen. Gerade deshalb – so entgegnete **Joseph Bahout** – seien Dialog und Vertrauensbildung mit der konsolidierten syrischen Opposition so wichtig. Der Abgeordnete **Tevan Poghosyan** (Armenien) fragte, ob angesichts der unterschiedlichen ethnischen Gruppen mit einer Teilung Syriens zu rechnen sei. Bei jeder denkbaren Formel sei letztendlich nur wichtig, dass demokratische Werte umgesetzt und ethnische Minderheiten respektiert würden, so **Joseph Bahout.**

Botschafter **Željko Kuprešak**, kroatisches Ministerium für Auswärtiges und Europaangelegenheiten, äußerte in seinem Vortrag zum Thema **„Südosteuropa am Scheideweg“** seine tiefe Überzeugung, dass die euro-atlantische Integration den Ländern Südosteuropas dauerhaft Frieden und Stabilität bringe. Für sein Land – Kroatien – sei die Mitgliedschaft in NATO und EU weitaus mehr als nur ein Status; diese Mitgliedschaften hätten Kroatien Reformen und Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt beschert. Fürchterliche Verwüstungen hätten die Balkankriege angerichtet, die davon betroffenen Länder hätten daraus ihre Lehren gezogen und seien unbeirrbar auf ihrem Weg nach Europa, auf dem jedoch noch Hindernisse zu überwinden seien. Kroatien unterstütze diese Länder auf ihrem Weg zur EU- und NATO-Mitgliedschaft und fördere kooperative Beziehungen in der Region. Abschließend unterstrich Botschafter Željko Kuprešak die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit bei der Infrastruktur, der Energie und beim Transportwesen trotz einiger Unterschiede und Differenzen der Länder untereinander. Der Abgeordnete **Pawel Arndt** (Polen) begrüßte die Unterstützung Kroatiens für seine Nachbarländer bei ihrem Weg in EU und NATO und fragte, ob Kroatien selbst während seiner Beitrittsbemühungen viele Zugeständnisse habe machen müssen. Botschafter **Željko Kuprešak** präzisierte zunächst, dass es zwei, zudem sehr unterschiedliche Reformprozesse gewesen seien; sowohl der für den NATO-Beitritt als auch der in die EU hätten Kroatien immense Anstrengungen abverlangt. Auf die Frage des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal), wie die Einschätzung zu Serbien sei, antwortete Botschafter **Željko Kuprešak**, die Bevölkerung sei dort gegenüber einem EU-Beitritt sehr skeptisch und insgesamt herrsche eine ganz andere Situation.

Bei der Vorstellung des Sonderberichts zum Thema **„Sicherung einer stabilen Zukunft für den westlichen Balkan“** würdigte der Sonderberichterstatter **Witold Waszczykowski** (Polen) eingangs die von den Westbalkanländern erzielten Fortschritte, insbesondere das Abkommen vom 19. April 2013 über die Normalisierung der Beziehungen im Nordkosovo, woraufhin die EU prompt mit Serbien Betrittsverhandlungen aufgenommen habe. Trotz dieser Zeichen politischer Reife plädierte der Sonderberichterstatter dafür, die Unterstützung der EU- und KFOR-Mission fortzuführen. Auch Bosnien und Herzegowina sei auf gutem Weg, die

politischen Hauptakteure hätten sich politisch angenähert und strebten vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 22. Dezember 2009 eine Verfassungsänderung an. Gleichwohl sei die politische Atmosphäre belastet, der politische Graben verlaufe entlang der ethnischen Grenzen, was auch die politische Entscheidungsfindung dominiere. Schließlich forderte der Berichterstatter die euro-atlantische Gemeinschaft auf, die Erweiterungsstrategie mit „maßgeschneiderten" Konzepten zu ergänzen, um den individuellen Gegebenheiten in jedem Westbalkanland gerecht zu werden. Gleichzeitig appellierte er an die Politiker vor Ort, starre Haltungen aufzugeben, sich kompromissbereit zu zeigen – sofern sie wirklich eine Integration in die euro-atlantische Geminschaft anstrebten. Der Abgeordnete **Asim Sarajlić** (Bosnien und Herzegowina) lobte den Bericht als ausgewogen und präzise, bat jedoch um kleinere Korrekturen bei einzelnen Formulierungen. Der Abgeordnete **Tevan Poghosyan** (Armenien) bedauerte, dass sich über einigen Ländern „Beitritts-Fatigue" ausbreite und warb deshalb für Anreize durch die EU, um der Bevölkerung neue pro-europäische Impulse zu geben. Der Sonderberichterstatter **Witold Waszczykowski** verwies auf den Pflichtenkatalog, dessen Abarbeitung quasi die Eintrittskarte für die Mitgliedschaft sei. Würden die darin genannten Voraussetzungen erfüllt, öffne sich die Tür in die EU. In ihren Bemühungen unterstützt würden die beitrittswilligen Länder durch das Instrument der östlichen Partnerschaft.

Die Generalberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) stellte die zusammen mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) vorgelegte Studie „Involvement of Parliaments in Advancing the 'Women, Peace and Security' Agenda in NATO Member Countries" vor. Die Studie verdeutliche die Bedeutung der Beteiligung der Parlamente bei der Umsetzung der VN-Resolution 1325 in den Mitgliedstaaten. Die Generalberichterstatterin betonte, Frauen seien gleichwertige und unerlässliche Partnerinnen für Frieden und Sicherheit in der Welt. Die Integration von Frauen in allen Phasen der Konfliktlösungen sei von entscheidender Bedeutung für deren Erfolg. In seinem sich anschließenden Vortrag zum Thema **„Die Implementierung der Resolution 1325 des Weltsicherheitsrates in den NATO-Mitgliedstaaten - die parlamentarische Dimension"** sagte **Daniel de Torres**, stellvertretender Leiter von *Operations* III, DCAF, die VN-Resolution sei ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Beteiligung aller Menschen an Frieden und Sicherheit. Die NATO spiele bei der Umsetzung eine besondere Rolle und habe mit Mari Skåre eine Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der NATO für Frauen, Frieden und Sicherheit eingesetzt. DCAF habe die Rolle der nationalen Parlamente bei der Umsetzung der Resolution anhand der aktuellen Befragung analysiert. 17 der 28 Mitgliedstaaten hätten einen nationalen Aktionsplan (NAP), in drei Ländern werde einer entwickelt. Die Länder mit NAP legten zur Umsetzung der Resolution meist den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf die Bereiche der Außen- und Entwicklungspolitik. Bei den Ländern ohne NAP sei die aktive Beteiligung der Parlamente zur Umsetzung und Kontrolle der Aktivitäten entscheidend. In der Diskussion bat die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) die NATO-Parlamentarier, in ihren Ländern die Umsetzung weiter aktiv zu begleiten, auch mit Blick auf die Innen- und Verteidigungspolitik. Das Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit" werde weiterhin auf der Agenda des Ausschusses stehen, inbesondere das Thema geschlechtsspezifische Gewalt in Konflikten.

Die Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) vertrat Senator Lucio Malan (Italien) als Berichterstatter des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung". Der Bericht zum Thema **„Interne und externe Herausforderungen für Georgiens euro-atlantische Integration"** sei u. a. wegen der anstehenden Präsidentschaftswahlen zurückgestellt worden. Georgien werde als Partner bei den Einsätzen der NATO, z. B. ISAF, sehr geschätzt. Auch aus diesem Grund sollte Georgien beim nächsten NATO-Gipfel ein eindeutiges Zeichen zu seinem angestrebten Beitritt erhalten. In der sich anschließenden Diskussion wurden die noch notwendigen Reformen bei der Presse- und Meinungsfreiheit, im Justizbereich und Strafvollzug sowie bei der Bekämpfung der Korruption thematisiert. Außerdem wurden das Verhältnis zu Russland und weitere sicherheitspolitische Fragen in diesem Zusammenhang erörtert.

Durch den Sonderbericht und die Diskussionen sei die Situation in den Ländern des westlichen Balkans klarer geworden, erklärte der Sonderberichterstatter **Witold Waszczykowski** (Polen) bei der Vorstellung des von ihm vorgelegten Entschließungsentwurfs **„Die Förderung der Stabilität und der euro-atlantischen Perspektiven für den westlichen Balkan"**. Diese Erkenntnisse und der daraus entstehende Handlungsbedarf für die Unterstützung der Entwicklungen in den Ländern seien in den Text eingeflossen. Die Politik der offenen Tür der NATO sei ein wichtiges Signal für die Länder auf ihrem weiteren Weg. Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Der Ausschussvorsitzende wies auf die für 2014 geplanten Besuche in Deutschland, Algerien und Zentralasien hin. Themen der Berichte seien im nächsten Jahr der politische Übergang in Afghanistan, die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus sowie ein Sonderbericht über die Ukraine.

Neu gewählt wurden für den Ausschuss als stellvertretende Vorsitzende Senatorin **Jane Cory** (Kanada), Senator **Philippe Mahoux** (Belgien) sowie Abgeordneter **Thomas Marino** (Vereinigte Staaten). Neue Berichterstatterin des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ wurde die Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich). Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses wurden die Abgeordneten **Marc Angel** (Luxemburg) sowie **Ahmet Berat Çonkar** (Türkei) gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden per Akklamation bestätigt.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Sonntag, 13. Oktober 2013, zu einer ganztägigen Sitzung zusammen. Im Zentrum der Beratungen standen die Themen Kontrolle von Kleinwaffen, Energiesicherheit in Südosteuropa, Militärtechnologie in Asien, die nächste Generation von Kampfflugzeugen, besserer Schutz von Bodentruppen und effizienterer Energieeinsatz beim Militär in den NATO-Ländern.

In seinem Vortrag zum Thema **„Gefahr durch Kleinwaffen nach der Konfliktbeilegung“** schilderte **Slobodan Bošković**, Projektleiter beim *South Eastern and Eastern Europe Clearinghouse for the Control of Small Arms and Light Weapons* (SEESAC), wie die SEESAC zur Sicherheit in der Region Südosteuropa beitrage. Die Organisation sei 2002 ins Leben gerufen worden, um die Regierungen und Institutionen vor Ort bei der Beseitigung und Kontrolle von Kleinwaffen und Sprengstoffen zu unterstützen. Das Arsenal sei sehr umfangreich und eine Bedrohung für die staatliche Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung gewesen. Zunächst in Rumänien, Bulgarien und Kroatien, später in Albanien, Serbien und Bosnien und Herzegowina habe SEESAC über eine Viertelmillionen Kleinwaffen und 160 Tonnen Sprengstoff vernichtet. Darüber hinaus unterstütze seine Organisation Regierungen bei der Registrierung von Waffen. In der anschließenden Diskussion wies der Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada) zunächst darauf hin, dass viele Kanadier über registrierte Kleinwaffen verfügten, um sich gegen wilde Tiere zu schützen, und erkundigte sich, wie die Waffen markiert würden. **Slobodan Bošković** erläuterte, dass es auch in den von SEESAC unterstützten Ländern starke Lobbygruppen von Jägern und Sportschützen gebe. Die Markierung der Waffen sei je nach Klassifizierung unterschiedlich. Auf die Frage des Abgeordneten **Jacques Gautier** (Frankreich), was geschehe, wenn ein Land die Kooperation verweigere, versicherte **Slobodan Bošković**, das komme nicht vor. Den Abgeordneten **Jürgen Hardt** (Deutschland) interessierte die Zahl der noch in den Ländern verbliebenen Waffen – der legale und illegale Waffenbesitz. Der Institutsvertreter räumte ein, dass diese Zahl noch immer erschreckend hoch sei; präzise Angaben versprach er nachzuliefern.

Unter Energiesicherheit – so begann **Dr. Ahmet K. Han**, Lehrbeauftragter an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Universität Istanbul, seinen Vortrag zum Thema **„Energiesicherheit in Südosteuropa, dem östlichen Mittelmeer und im Kaukasus“** – verstehe er die ständige Verfügbarkeit von Energie zu stabilen Preisen. Komme es dabei zu Einschränkungen, habe dies nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geopolitische Konsequenzen. Im östlichen Mittelmeer sei die Situation unübersichtlich, weil die Türkei und Zypern Territorium beanspruchten; beide schmiedeten konkurrierende Pläne für ein Energiedrehkreuz, was die Ansiedlung von Investoren erschwere. Das türkisch-aserbaidschanische Projekt der Erdgasleitung im Kaukasus bezeichnete Dr. Achmet K. Han als sehr ambitioniert und bewertete es als politisch motiviert, um der russischen Dominanz auf dem Erdgassektor etwas entgegenzusetzen. Das Projekt basiere auf der Prognose eines rasant steigenden Erdgasbedarfs in Europa. Der Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada) leitete die anschließende Diskussion mit der Frage ein, welche Auswirkungen die Schiefergasexploration in Nordamerika auf die Energiesicherheit in Südosteuropa habe. **Dr. Ahmet K. Han** nannte diese Entwicklung nicht wirklich hilfreich. Zwar helfe der niedrigere Energiepreis der Wirtschaft, allerdings lähme sie zugleich den Impuls alternative Wege zu suchen.

Rick Fischer, Experte für Militärfragen in Asien am *International Assessment and Strategy Center*, Alexandria, begrüßte zu Beginn seines Vortrags zum Thema **„Entwicklungen bei der Militärtechnologie Asiens“** das gestiegene Interesse der NATO an Sicherheit und Stabilität im asiatischen Raum. Denn nach wie vor bestehe Konfliktpotential im Ost- und Südchinesischen Meer, Korea und der Straße von Taiwan. Aufgrund mangelnder Transparenz sei zudem eine Einschätzung zu Chinas militärischem Modernisierungsprogramm nur schwer vorzunehmen. Auf jeden Fall habe es einen Rüstungswettlauf in Asien getriggert. Bei seinen zukünftigen Militärprogrammen lege China den Schwerpunkt auf den Weltraum, bei der Luftwaffe könnte China in naher Zukunft über mehr als 1.000 Kampfjets der vierten Generation und einen Tarnkappenbomber langer Reichweite verfügen. Der Marine werde eine steigende Zahl von U-Booten zur Verfügung stehen. Japan entwickle als Reaktion darauf ein Satellitenüberwachungssystem und – gemeinsam mit Südkorea und Taiwan – ein System zur Abwehr ballistischer Raketen. Während Taiwan eine eigene U-Bootflotte unterhalte, hätten sich Japan und Südkorea auf diesem Sektor zusammengetan. Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) bemerkte, während die NATO-Länder im Verteidigungsbereich einsparten, werde in den genannten asiatischen Staaten enorm in Rüstung investiert; müsse dort

denn nicht gespart werden? **Rick Fischer** entgegnete, dass die Prioritäten dort andere seien, und China in einigen Bereichen bereits jetzt, spätestens jedoch 2020, die NATO-Länder bei den Verteidigungsausgaben eingeholt haben werde. Abgeordnete **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) fragte, wann China mit seinen Weltraumaktivitäten begonnen habe. Die Konzentration darauf habe schon sehr früh begonnen; mittlerweile verfüge die Volksbefreiungsarmee über sehr fortschrittliche Technologien, so **Rick Fischer**.

Für den abwesenden Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada) stellte der Abgeordnete **Andrius Mazuronis** (Litauen) den Sonderbericht zum Thema **„Die Zukunft der Kampfflugzeuge: auf dem Weg zu einer sechsten Generation?“** vor. Er erläuterte die neuesten Trends in der Flugzeugtechnologie, u. a. neue Antriebssysteme, Materialien, Sensoren und Waffen. Er ermahnte seine Bündniskollegen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Grundlagenforschung und Entwicklung in diesem Bereich zu fördern, um Entwicklungssprünge nicht zu verpassen, die auch positive Effekte für die zivile Luftfahrt haben werden. Anschließend billigten die Ausschussmitglieder den Sonderbericht.

Für den Generalberichterstatter Steven Gilbert (Vereinigtes Königreich) stellte die Abgeordnete **Caroline Dinenage** (Vereinigtes Königreich) den Generalbericht zum Thema **„Verbesserung der Überlebensfähigkeit der NATO-Bodentruppen“** vor. Wenn Soldatinnen und Soldaten für ihr Land oder die NATO in den Kampfeinsatz zögen, dann sei es oberste Pflicht, sie bestmöglich zu schützen bzw. bei Verwundungen zu behandeln. Detailliert beschrieb sie die technischen Verbesserungen bei der Ausrüstung der Streitkräfte und unterstrich die enormen Fortschritte bei der Versorgung und Rehabilitation von Verwundeten. Nachdrücklich forderte sie ihre Ausschusskollegen auf, in ihren Bemühungen um den Schutz der Einheiten nicht nachzulassen. In einer verbundenen Debatte mit der Entschließung zu diesem Thema verwies Abgeordneter **Jack Harris** (Kanada) auf die in seinem Land vielfach diagnostizierten Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) bei aus Konfliktgebieten heimgekehrten Soldaten. In diesem Zusammenhang ergänzte Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland), dass in der Bundesrepublik viel für die PTBS-Erkrankten getan werde, allerdings gebe es zu wenig auf diese Krankheit spezialisierte Psychiater. Obendrein seien 40 Medizinerstellen bei der Bundeswehr unbesetzt. Abgeordnete **Caroline Dinenage** konnte für ihr Land keine konkreten Angaben liefern, erläuterte jedoch, dass es bei der Behandlung traumatisierter Heimkehrer eine enge Kooperation zwischen den Einrichtungen der Armee und dem *National Health Service* gebe. Ohne Änderungen nahmen die Ausschussmitglieder die entsprechende Entschließung an.

Mit seinem Bericht zum Thema **„Neue Energieideen für die NATO-Streitkräfte: Stärkung der Rechenschaftspflicht, Reduzierung des Bedarfs, Sicherung der Versorgung“** veranschaulichte der Berichterstatter des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ **Dr. Osman Aşkın Bak** die Risiken für Umwelt und Sicherheit, wenn die Bündnisarmeen ineffizient mit Energie umgingen. Dabei habe jedoch schon ein Umdenken eingesetzt. Innovative Technologien seien z. B. in den USA, seinem eigenen Land und in der EU entwickelt worden, um Energie einzusparen und über deren Verwendung Rechenschaft abzulegen. Lege man innerhalb der NATO gemeinsame Standards fest, könnte davon auch der zivile Bereich profitieren. Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) bat darum, Frankreichs enorme Anstrengungen seit 2007 zur Energieeinsparung beim Militär im Bericht stärker zu berücksichtigen. Die Ausschussmitglieder votierten dafür, den Bericht an die einzelnen Verteidigungsministerien mit der Bitte um Ergänzung weiterzuleiten. Der Bericht wurde ebenso verabschiedet wie die dazugehörige Entschließung.

Alle wählbaren Mandatsträger wurden in ihrem Ämtern bestätigt, die folgenden neuen wurden gewählt: zur Vorsitzenden des Ausschusses wurde **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich), zum stellvertretenden Vorsitzenden Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) gewählt. Neuer Sonderberichterstatter wurde Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich). Für den Unterausschuss „Energie- und Umweltsicherheit“ wurden Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) zum Vorsitzenden und Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) sowie Abgeordneter **Bruno Vitorino** (Portugal) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Für das Jahr 2013 wurden den Ausschussmitgliedern Besuche nach Israel sowie in die Palästinensischen Gebiete, für das Jahr 2014 nach Alaska, Genf und Japan in Aussicht gestellt.

8. Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Sonntag, 13. Oktober 2013, unter dem Vorsitz des Präsidenten der Versammlung **Sir Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

Die Sitzung begann mit einem **Vortrag** von **Dr. Edgar Buckley**, unabhängiger sicherheitspolitischer Berater und ehemaliger Assistent des Generalsekretärs für Verteidigungsplanung und Operationen der NATO, zum Thema **„Herausforderungen der Verteidigungsreform“**, in dem er kritisch auf Reformen der NATO-Anwärterstaaten einging. Diese seien bislang zu wenig an den finanziellen Möglichkeiten dieser Staaten orientiert. Prioritäten seien

unzureichend von strategischen Zielen geleitet. Der Weg hin zu einer NATO-Mitgliedschaft erfordere ein massives Umdenken und eine Prioritätensetzung innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel. Das Hauptziel einer verteidigungspolitischen Reform müsse das Erreichen eines möglichst effizienten *outputs* sein. Er sprach sich dafür aus, das Amt des Verteidigungsministers mit einer zivilen Person und nicht mit einem Offizier zu bekleiden und damit das Militär einer durch Wahlen legitimierten zivilen Macht zu unterstellen. Die NATO-Mitgliedschaft bringe das Versprechen der kollektiven Sicherheit mit sich, beinhalte aber zugleich die Erwartung, andere Alliierte im Bündnisfalle zu unterstützen. Er betonte, die NATO habe niemals angeboten, dass die Russische Föderation Mitglied des Bündnisses werde. Dennoch gebe es zahlreiche Beispiele erfolgreicher Kooperation mit der Russischen Föderation, wie etwa im Rahmen des Einsatzes in Afghanistan, bei der Luftraumüberwachung, bei der Pirateriebekämpfung und bei Antiterrormaßnahmen. Er bedauerte, dass – anders als auf dem Gipfel in Lissabon geplant – das Raketenabwehrsystem nicht von Beginn an in einer für beide Seiten profitablen Weise mit dem russischen Ansatz verknüpft worden sei. Die Folge sei nun, dass die Russische Föderation ihr eigenes System entwickelt habe. Die NATO solle in Zukunft stärker auf Kooperation mit der Russischen Föderation setzen. Auch die Tatsache, dass bis heute keine adäquate Antwort der Weltgemeinschaft auf die Syrienkrise gefunden werden konnte, sah er in der unzureichenden Kooperation mit der Russischen Föderation begründet. Diese wie andere Herausforderungen in der Sicherheitspolitik ließen sich gemeinsam besser lösen, vorausgesetzt der Wille zur Kooperation und zur gegenseitigen Transparenz sei auf beiden Seiten vorhanden. In der anschließenden Diskussion erläuterte Abgeordneter **Vladimir Komoedov** (Russische Föderation) die umfassende Reform russischer Streitkräfte und äußerte Zweifel, dass das Raketenabwehrsystem der NATO nicht gegen sie gerichtet sei. **Dr. Edgar Buckley** nannte auf Nachfrage der Abgeordneten **Cheryl Gallant** (Kanada) das *North American Aerospace Defence Command* (NORAD) als ein Modell für eine Kooperation von NATO und Russischer Föderation im Bereich der Raketenabwehr. Auf den besorgten Hinweis der Abgeordneten **Rasa Juknevičienė** (Litauen) auf die zunehmende russische Militarisierung im Baltikum entgegnete der russische Abgeordnete **Juri Nikolajewitsch Oserow** (Russische Föderation), dass 1 000 Einheiten aus der Enklave Kaliningrad zurückgezogen worden seien. Er wies darauf hin, dass die Russische Föderation eine Revision des Vertrages über konventionelle Streitkräfte angeboten habe und äußerte die Einschätzung, dass eine neue juristische Grundlage die Sicherheitskooperation vereinfache.

Dr. Sami Moubayed, Wissenschaftler am *Carnegie Middle East Center*, Beirut, zeichnete anschließend in seinem Vortrag zum Thema **„Die aktuelle Situation in Syrien und wie es weiter geht“** ein düsteres Bild der aktuellen Lebenssituation in Syrien. Die syrische Bevölkerung habe das Gefühl, von der internationalen Weltgemeinschaft vergessen worden zu sein. Der Hauptfokus müsse sich deshalb auf die humanitäre Krise und ihre Folgen richten. Die NATO-Mitgliedstaaten sollen realisieren, dass die Flüchtlinge Syriens in unmittelbarer Zeit nicht in ihr Heimatland zurückkehren, da ein Abtreten des Assad-Regimes nicht absehbar sei. Analysen des Konfliktes seien oft unzutreffend und führten regelmäßig in die falsche Richtung. Insbesondere Vergleiche mit den Situationen in Ägypten und Libyen würden nicht weiterhelfen. Er zeichnete Zukunftsszenarien, wie eine Art Doppelspitze mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in einer formellen Führungsrolle, ein Sturz des Assad-Regimes oder eine Zweistaatenlösung, wobei er alle Optionen als unrealistisch betrachtete. Assad werde die Macht von allein nicht abgeben und ein Sturz des Regimes sei mangels geschlossener Opposition und aufgrund der Tatsache, dass Assad noch immer 40 Prozent des Landes kontrolliere, unwahrscheinlich. Einen Weg aus der Krise sehe er nur, wenn es gelänge, die „Genf II“-Verhandlungen erfolgreich fortzusetzen und langfristig Neuwahlen durchzuführen. Die Chance, den Konflikt frühzeitig abzuwenden, habe die Staatengemeinschaft zu Beginn der Krise 2012 versäumt. Zu diesem Zeitpunkt hätte eine VN-Resolution noch eine politische Lösung anstoßen können. Anfang 2013 sei das Regime „klinisch tot“ gewesen, der Eingriff der Hisbollah in den Konflikt habe es jedoch wiederbelebt. Auch wenn er heute keine Patentlösung sehe, so seien die Prioritäten klar. Zunächst sei ein Waffenstillstand zu erzielen, dann müssten die Dschihadisten entmachtet und dann eine politische Lösung gefunden werden.

Die nachfolgende Debatte drehte sich um Fragen wie den Umgang mit einer zutiefst gespaltenen Opposition, die zum Teil unter zunehmendem Einfluss der Dschihadisten stehe, die Rolle der Hisbollah in Syrien, die Folgen des Konfliktes auf den Libanon und den Nahostkonflikt. In den Blick genommen wurde aber auch die Verantwortung der westlichen Gemeinschaft für die Entstehung des Konfliktes. Diskutiert wurden etwa Waffenlieferungen und eine zu starke Konzentration auf den Iran und den Irak in den letzten Jahren. Abgeordneter **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) wies darauf hin, dass eine VN-Resolution bislang an der Russischen Föderation und an der Volksrepublik China gescheitert sei, die sich im Sicherheitsrat dagegen ausgesprochen hätten. Ohne eine VN-Resolution zu handeln würde hingegen bedeuten, die Fehler zu wiederholen, die in Libyen gemacht worden seien.

9. Plenarsitzung

Am Freitag, 11. Oktober 2013, und am Montag, 14. Oktober 2013, fanden unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Sir Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), die Plenarsitzungen statt.

Präsident Sir Hugh Bayley bekannte sich anlässlich der ersten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Kroatien zur Osterweiterung der NATO. Die Leistungen Kroatiens zur Integration in die Allianz nach den Umbrüchen in den 90er Jahren seien beachtlich gewesen und verdienten Respekt. Er rechne fest damit, dass Kroatien seinen Nachbarn Unterstützung leisten werde, erfolgreich den gleichen Weg zu beschreiten. Er gratulierte auch den Kollegen aus Serbien und der Republik Kosovo zum Abschluss des Normalisierungsabkommens.

Ungelöst sei hingegen nach wie vor der seit zwei Jahren schwelende Konflikt in Syrien, der bislang 100 000 Menschen das Leben gekostet und sechs Millionen zur Flucht getrieben habe. Er berichtete von seinem Besuch des Flüchtlingscamps Zaatari in Jordanien, der ihm die bedrückende Situation von drei Millionen hungernden Menschen und die beachtlichen Anstrengungen Jordaniens und der Türkei, den syrischen Flüchtlingen Zuflucht zu gewähren, vergegenwärtigt habe. Er appellierte daran, entsprechend der getroffenen Vereinbarungen, für die Zerstörung aller chemischen Waffen in Syrien zu sorgen und sich weiter im Rahmen des „Genf-II"-Prozesses für eine politische Lösung einzusetzen.

Die Allianz müsse auch Afghanistan nach Abzug der ISAF in 2014 weiter in den Blick nehmen, denn das Land bedürfe in der wichtigen Transformationsphase der nächsten Jahre der Unterstützung des Bündnisses, um die erreichten Stabilisierungserfolge nachhaltig zu sichern. Die anstehende erste Präsidentschaftswahl im April 2014 sei eine kritische Stunde für das Land, auch wenn es schwer sei, die Bevölkerungen der NATO-Mitgliedsländer von einem weiteren Einsatz in Afghanistan zu überzeugen, insbesondere angesichts neuerlicher kritischer Äußerungen des aktuellen Präsidenten Hamid Karzai hinsichtlich der ISAF-Hilfe.

Sir Hugh Bayley ging auf die aktuellen Attacken der Al Shabaab-Miliz in Nairobi ein, welche das anhaltende Erfordernis eines geschlossenen Kampfes gegen Piraten am Horn von Afrika wiederholt vor Augen geführt habe, auch wenn der deutliche Rückgang somalischer Piraterietätigkeit den Erfolg bisheriger Maßnahmen belegten.

Alle diese Herausforderungen für die internationale Sicherheit, sei es in Somalia, in Mali, in Afghanistan oder in Syrien, zeigten, dass die Allianz wachsam bleiben müsse. Dies setze voraus, dass neben einem stärkeren Kooperieren durch *Pooling and Sharing* und *Smart Defence* wieder nachhaltiger in Verteidigung investiert werde. Neuerliche Wirtschaftsprognosen gäben Anlass zur Hoffnung, dass in absehbarer Zeit Spielräume in den Staatshaushalten entstünden, die dies ermöglichten. Er betonte, dass in der Diskussion um eine angemessene Lastenteilung zwischen EU und den USA nicht außer Betracht gelassen werden dürfe, dass europäische Mitglieder der Allianz 65 Prozent der Truppen im Kosovo stellten und 83 Prozent der ISAF-Truppen in Afghanistan, und dass die europäischen Staaten zwei Billionen US-Dollar in die Entwicklung Afghanistans investierten, beinahe ebenso viel wie die Vereinigten Staaten.

Der **Präsident der Republik Kroatien, Ivo Josipović**, brachte seine große Freude darüber zum Ausdruck, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO im drei Monate alten EU-Mitgliedstaat Kroatien stattfinde. Sein Land habe sich zum Ziel gesetzt, auf allen Ebenen mit internationalen Organisationen und demokratischen Staaten zu kooperieren. Denn er betrachte Demokratie zwar nicht immer als die effizienteste, aber als die das höchste Maß an Sicherheit bietende Staatsform, welche die größte Chance auf nachhaltigen Frieden biete. Im Parlamentarismus werde ein Kampf um Ideen geführt, die Gewalt nehme ab. Unzufriedenheit über die Defizite demokratischer Systeme dürfe nicht dazu führen, Demokratie als Staatsform insgesamt in Frage zu stellen, wie es extremistische und antidemokratische Kräfte immer wieder täten. Die NATO stünde für demokratische Werte wie für den Erhalt von Sicherheit. Demokratie und Sicherheit bedingten sich gegenseitig.

Auch der **Präsident des kroatischen Parlamentes, Josip Leko**, äußerte sich stolz darüber, dass sein Land die Jahrestagung der NATO PV ausrichte und nannte Dubrovnik aufgrund seiner Geschichte einen idealen Ort, um unter Parlamentariern über die aktuellen Herausforderungen der Bündnissicherheit zu diskutieren. Kroatien betrachte seine Mitgliedschaft in der NATO und nun in der EU als eine historische Chance, zur Sicherheit in der Region einen wesentlichen Beitrag zu leisten und stabil und gefestigt einen positiven Einfluss auf seine Nachbarn nehmen zu können.

Die **stellvertretende Premierministerin und Außenministerin Kroatiens, Vesna Pusić**, betonte die Bedeutung von Stabilität für ihr Land, welche eine EU-Mitgliedschaft verspreche. Von den fünf letzten Generationen sei nicht eine im gleichen Staat geboren. Es ginge für Kroatien nun vor allem darum, in den Erhalt dieser Stabilität zu investieren. Das bedeute vor allem, dass die Politik der offenen Tür der NATO fortgesetzt werde, damit auch Kroatiens Nachbarn in die Sicherheitsstabilität, die das Bündnis biete, eingebunden würden. Denn die Stabilität

Kroatiens sei abhängig von der Stabilität der Region. Kroatien sei an vielen friedenserhaltenden Einsätzen beteiligt. Sie betonte insbesondere die zunehmende Bedeutung der Rolle der Frau. So stelle ihr Land in der ISAF die erste weibliche Generalin. Staatsminister **Rainer Robra** (Deutschland) fragte, was die NATO PV über die Unterstützung der *Open Door Policy* hinaus noch tun könne, um die Region zu unterstützen. Die Außenministerin bat als Antwort hierauf, sich dafür einzusetzen, dass den NATO-Anwärtern eine ernste Chance gegeben werde.

Der **NATO-Generalsekretär und Vorsitzende des Nordatlantikrates, Anders Fogh Rasmussen,** versicherte, dass die NATO die Tür für neue Mitglieder offen halten und alle Länder in Partnerschaft und Zusammenarbeit einbinden werde, die daran interessiert seien. Bosnien und Herzegowina, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien müssten entschlossen Streitigkeiten beilegen, den Willen zur Reform und zur Übernahme von Verantwortung unter Beweis stellen und dem gemeinsamen Aufbau von Sicherheit und Stabilität verpflichtet sein. Die internationale Sicherheitslage habe sich dramatisch verändert. Gleichzeitig hätten nur noch wenige Mitgliedstaaten der NATO eine Wehrpflicht und in Folge der Finanzkrise gravierende Kürzungen im Verteidigungshaushalt vorgenommen. Die NATO habe mit bekannten Forschungseinrichtungen aus acht Mitgliedsländern das Interesse der Bevölkerung der NATO-Länder an Verteidigungspolitik untersuchen lassen. Im Ergebnis werde Verteidigungspolitik nicht grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn die Gründe für verteidigungspolitische Ausgaben nicht im Einzelnen nachvollzogen werden. Die Untersuchung habe ferner eine zunehmend unterschiedliche Wahrnehmung der NATO in Nordamerika und in Europa gezeigt. Während Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes im Bündnis im Allgemeinen schätzten, glaubten Nordamerikaner zunehmend, dass die NATO nicht viel für ihre Sicherheit zu bieten habe und die Europäer einen größeren Anteil der Last für die transatlantische Sicherheit übernehmen müssten. Es bedürfe eines Perspektivwechsels: statt mit den Kosten für Verteidigung müsse mit den Kosten fehlender Verteidigung argumentiert werden. Wehrfähigkeit müsse als wichtiges Instrument des Einflusses und der Kooperation erkannt werden. Auch wenn Diplomatie das vorrangige Instrument internationaler Sicherheitspolitik sei, so würde die eigene Glaubwürdigkeit durch militärische Stärke erhöht. Eine wichtige Lehre seien in dieser Hinsicht die jüngsten Entwicklungen in Syrien, denn das syrische Regime hätte wohl der Zerstörung seines Chemiewaffenarsenals ohne die glaubwürdige Androhung militärischer Gewalt nicht zugestimmt. Im Übrigen helfe die NATO allen Bündnispartnern, für ihre Verteidigungsausgaben ein Vielfaches zurückzubekommen. Die Mitglieder der nationalen Parlamente der Bündnispartner trügen eine besondere Verantwortung, der Öffentlichkeit die Bedeutung von Verteidigungsfähigkeiten zu vermitteln.

In der sich anschließenden zweistündigen Debatte ging es etwa um die u. a. von den Abgeordneten **Pierre Lellouche** (Frankreich) und **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) gestellte Frage einer aktiven Rolle der NATO im Syrienkonflikt, die über die Stationierung der Patriot-Systeme in der Türkei hinausginge, insbesondere in Bezug auf Flüchtlingsschutz. Als Antwort verwies der NATO-Generalsekretär auf den Mangel eines VN-Mandates. Er begrüßte die politische Einigung zur Vernichtung chemischer Waffen, unterstrich aber, dass durch konventionelle Waffen erheblich mehr Menschen ums Leben kämen. Anders sei dies, so der Generalsekretär auf eine entsprechende Frage der Abgeordneten **Federica Mogherini** (Italien), in Libyen gewesen, wohin die NATO nach einer Bitte des Landes um Unterstützung ein Team von Fachleuten entsandt habe, das mögliche Beiträge des Bündnisses beim Aufbau von Sicherheitseinrichtungen identifizieren solle. Auf die Frage des russischen Abgeordneten **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) nach dem Mehrwert einer Kooperation zwischen NATO und Russland stellte der NATO-Generalsekretär das Ziel einer strategischen Partnerschaft klar, von der auch die Russische Föderation profitieren würde. Gegenüber Russland sei die Gewährleistung der territorialen Integrität des Landes wiederholt ausgesprochen worden. Auf die Frage des Abgeordneten **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland) nach der Rolle Chinas erklärte der NATO-Generalsekretär, dass er sich schon allein aufgrund des Einflusses des Landes im VN-Sicherheitsrat einen strukturierten Dialog wünsche. Die kollektive Verteidigung umfasse selbstverständlich das ganze Bündnisgebiet, mithin gelte Artikel 5 auch für die Arktis, auch wenn deren Militarisierung kein Ziel sei, so der NATO-Generalsekretär auf eine entsprechende Frage der Abgeordneten **Marit Nybakk** (Norwegen). Das Ziel sei insgesamt, von einer NATO im Einsatz zu einer einsatzbereiten NATO zu werden. Auf die Frage des Abgeordneten **Han Ten Broeke** (Niederlande) nach der Transparenz der Ausgaben der NATO und entsprechenden Prüfmöglichkeiten sagte der NATO-Generalsekretär zu, sich weiterhin für mehr Transparenz und Rechenschaftspflichten einzusetzen.

Nachdem der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) den Vorsitz übernommen hatte, wurde Präsident **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) als einziger Kandidat per Akklamation für eine weitere Amtszeit gewählt. Für die fünf Vizepräsidentenposten lagen fünf Kandidaturen vor. Die Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), **Nicole Ameline** (Frankreich) und **Cheryl Gallant** (Kanada) wurden wiedergewählt. Neu gewählt wurden die Abgeordneten **Daniel Bacquelaine** (Belgien) und **Gabriel Vlase** (Rumänien). Der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) wurde als einziger Kandidat per Akklamation zum neuen Schatzmeister der Versammlung gewählt.

Präsident **Sir Hugh Bayley** stellte anschließend die Finanzberichte für 2012 und den Haushaltsentwurf 2013 des ausscheidenden Schatzmeisters Senator Pierre Claude Nolin (Kanada) vor. Alle Finanzdokumente wurden ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Berlin, den 6. Juli 2016

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)
Stellvertretender Leiter der Delegation

Abkürzungsverzeichnis

DCAF	Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte)
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EU	Europäische Union
GCC	Gulf Cooperation Council (Golf-Kooperationsrat)
GSVP	Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IEA	International Energy Agency (Internationale Energieagentur)
ISAF	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
KFOR	Kosovo Force (Kosovo-Truppe)
MENA	Middle East and North Africa (Vorderer Orient und Nordafrika)
MINUSMA	Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission in Mali)
NAP	nationaler Aktionsplan
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
NORAD	North American Aerospace Defence Command
NRF	NATO Response Force (NATO-Eingreiftruppe)
NSA	National Security Agency (Nationale Sicherheitsagentur)
PTBS	Posttraumatische Belastungsstörungen
SEESAC	South Eastern and Eastern Europe Clearinghouse for the Control of Small Arms and Light Weapons
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)
VN	Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Anlage

E n t s c h l i e ß u n g 4 0 1

betr.

DIE FÖRDERUNG DER STABILITÄT UND DER EURO-ATLANTISCHEN PERSPEKTIVEN FÜR DEN WESTLICHEN BALKAN*

Die Versammlung,

1. ***von neuem*** ihr festes Eintreten für die Politik der „offenen Tür" der NATO ***Ausdruck verleihend*** und ***geleitet*** von dem unzweideutigen Erfolg früherer NATO-Erweiterungsrunden;

2. ***in der Überzeugung,*** dass der Beitritt Bosnien-Herzegowinas, Georgiens, Montenegros und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien[1] zur NATO sowie der Beitritt aller Bewerberländer zur Europäischen Union nach Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien wesentliche Schritte zur Verwirklichung der Vision von einem gesamten, freien und in Frieden lebenden Europas sowie wesentliche Elemente zur Förderung der Stabilität der Region und ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sind;

3. ***in Anbetracht dessen,*** dass eine Mitgliedschaft in der NATO von der Fähigkeit der Bewerberländer abhängt, echte demokratische Gesellschaften zu schaffen, einen Beitrag zur euro-atlantischen Sicherheit zu leisten und konstruktive Beziehungen zu ihren Nachbarländern zu pflegen, und dass kein drittes Land die Erweiterungsbeschlüsse boykottieren kann;

4. Kroatien und seine Bevölkerung zum Beitritt zur Europäischen Union ***beglückwünschend*** und ***in der Überzeugung***, dass dieses historische Ereignis ein positives Beispiel und einen Anreiz für die gesamte Region darstellt;

5. ***in Würdigung*** des Meilenstein-Abkommens zwischen Belgrad und Pristina vom 19. April 2013 und ***mit Genugtuung*** über die Beschlüsse des Europäischen Rats, Beitrittsverhandlungen mit Serbien einzuleiten und ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit Kosovo zu unterzeichnen, das neue Stabilisierungs- und Kooperationsaussichten für die gesamte Region eröffnet;

6. ***unter Hervorhebung*** der Bedeutung der Förderung harmonischer Beziehungen zwischen den Ethnien und funktionsfähiger multiethnischer Gesellschaften, was mit den von den NATO-Bündnispartnern und den EU-Mitgliedstaaten geteilten Grundwerten übereinstimmt;

7. ***in Kenntnis*** der fortgesetzten Herausforderungen in der Region im Hinblick auf die Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens sowie die Gewährleistung einer transparenten Verwaltung und der Unabhängigkeit von Justiz und Medien;

8. ***in Würdigung*** der KFOR für ihre Gewährleistung von Sicherheit für alle Menschen und Gemeinschaften im Kosovo und ***mit Genugtuung*** über die Bereitschaft der KFOR, die Umsetzung des Abkommens vom 19. April 2013 zu unterstützen;

9. ***unter Hervorhebung*** der dringenden Notwendigkeit umfassender Verfassungsreformen in Bosnien und Herzegowina auf der Ebene des Staates und der Entitäten als Grundlage für die Bildung effizienter und transparenter Institutionen in der Zukunft;

---

* vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

1 Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsgemäßen Namen an.

10. ***mit Genugtuung*** über die Fortschritte Bosnien und Herzegowinas im Verteidigungssektor und über seinen Beschluss, seinen Beitrag zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan zu erhöhen, jedoch ***mit Bedauern*** über die anhaltenden Blockaden im Hinblick auf die Frage des unbeweglichen Rüstungseigentums;

11. ***in Würdigung*** der Fortschritte der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien auf dem Gebiet nationaler Reformen, insbesondere ihrer Anstrengungen zum Aufbau einer multiethnischen Gesellschaft, und ***mit Lob*** für ihren beträchtlichen Beitrag zu von der NATO, der EU und den VN geführten Operationen;

12. ***mit Bedauern darüber,*** dass die ungelöste ‚Namensfrage' weiterhin ein bedeutendes Hindernis für die euro-atlantische Integration der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien ist;

13. ***mit Genugtuung*** über Montenegros beeindruckende Anstrengungen zur Erfüllung der euro-atlantischen Mitgliedschaftskriterien und ***in Anerkennung*** seiner Beiträge zu von der NATO geführten Missionen;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und der EU **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. ihr Engagement für die euro-atlantischen Aussichten des westlichen Balkans und Georgiens erneut zu bekräftigen und zu erwägen, auf ihrem Gipfel im Jahr 2014 die nächsten Schritte im NATO-Erweiterungsprozess zu unternehmen, unter Berücksichtigung, dass der Beitrittsprozess von der Leistung abhängt und nicht von einem Zeitplan bestimmt wird, und dass jeder Beitrittskandidat für sich gemäß den von der NATO festgelegten Kriterien und Voraussetzungen beurteilt wird;

b. weiterhin Anreize für fortgesetzte Anstrengungen zur Umsetzung nationaler Reformen und zur Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern zu geben;

c. weiterhin eine internationale militärische und zivile Präsenz in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo zu unterhalten, solange die Lage es erfordert;

d. die regionalen politischen Führer dazu aufzurufen, die notwendigen Verfassungsreformen und anderen internen Reformen zu beschleunigen, eine Kompromisskultur zu pflegen und einen konstruktiven Dialog mit ihren nationalen Gegnern und regionalen Partnern aufzunehmen;

e. mit dem Ziel einer weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft die fachliche Hilfe und die Unterstützung durch Sachverständige zu verstärken;

f. den Dialog zwischen den Ethnien zu fördern und die Schaffung friedlicher multiethnischer, multikultureller und multireligiöser Gesellschaften in der Region zu unterstützen;

15. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Bosnien und Herzegowinas **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. zu einer Einigung über eine sinnvolle Verfassungsreform zu gelangen, die die vollständige Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Falle Sejdić-Finci gewährleistet;

b. die Frage des unbeweglichen Rüstungseigentums unverzüglich zu lösen;

16. **FORDERT** die maßgeblichen Behörden im Kosovo und in Serbien **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, sich weiterhin für die umfassende und tatsächliche Umsetzung des Abkommens vom 19. April 2013 einzusetzen;

17. **FORDERT** die Regierung und das Parlament der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, einen konstruktiven Dialog zwischen allen politischen Akteuren zu fördern und die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien zu gewährleisten;

18. **RUFT** Skopje und Athen **DAZU AUF**, ihre Anstrengungen zur Lösung der ‚Namensfrage' zu verstärken und auf diese Weise die euro-atlantische Integration sowie Stabilität und Wohlergehen in der Region zu stärken; und

19. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Montenegros **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, die Reformen im Sicherheitssektor voranzutreiben, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die administrativen Kapazitäten der staatlichen Institutionen zu verbessern und das Bewusstsein der Öffentlichkeit im Hinblick auf die NATO sowie die Rechte und Pflichten einer Mitgliedschaft zu schärfen.

Entschließung 402

betr.

AFGHANISTAN: EIN ERNEUERTER SICHERHEITSPOLITISCHER, POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER FAHRPLAN FÜR 2014 UND DIE ZEIT DANACH[*]

Die Versammlung,

1. ***unter Hervorhebung,*** dass die strategischen Zielsetzungen der NATO und ihrer Partnerländer in Afghanistan darin bestehen sicherzustellen, dass der afghanische Staat nicht erneut zu einem sicheren Hafen für den Terrorismus wird, sowie seiner Regierung dabei zu helfen, einer kriegsmüden Bevölkerung und einer krisenerschütterten Region Frieden und Stabilität zu bringen;

2. ***in der Überzeugung,*** dass sich Afghanistan mit der ununterbrochenen Unterstützung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) auf dem Weg zur Erreichung dieser Ziele befindet, da auf allen Ebenen vor Ort Fortschritte erzielt werden;

3. ***mit Beifall*** für das Erreichen von ‚Milestone 2013', der die offizielle Übergabe der Sicherheitsverantwortung für das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von der ISAF an die Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte (ANSF) markiert, sowie für die anhaltenden Bemühungen der ISAF, die ANSF als eine Security Force Assistance (SFA)-Mission auszubilden, zu beraten und zu unterstützen;

4. ***mit Anerkennung*** für das Übergangsprogramm *Inteqal,* insbesondere für die Fortschritte der ANSF in ihrem Kampf gegen aufständische Kräfte und ihre erfolgreiche Gewährleistung von Sicherheit für das afghanische Volk, jedoch ***mit dem Ausdruck der Besorgnis*** über die steigende Zahl der Toten im letzten Jahr;

5. ***unter Hervorhebung,*** dass die langfristige Stabilität in Afghanistan von anhaltenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten sowie von der Fähigkeit der ANSF abhängt, die Vielfalt der afghanischen Bevölkerung widerzuspiegeln und zu schützen;

6. ***mit Unterstützung*** für das Friedens- und Reintegrationsprogramm für Afghanistan (APRP) bei dessen Bemühungen, Aufständische zu reintegrieren, die der Gewalt und ihren Beziehungen zu bewaffneten Gruppen und Terrororganisationen abschwören;

7. ***unter Hinweis*** auf die Notwendigkeit, 2014 glaubwürdige, alle einschließende und transparente Präsidentschaftswahlen zu organisieren, und ***unter Betonung*** der Bedeutung des Engagements der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung von Demokratie und Pluralismus in den afghanischen Institutionen und bei den politischen Führern Afghanistans;

[*] vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

8. ***in Anerkennung*** der Fortschritte, die die afghanische Regierung beim Aufbau dauerhafter staatlicher Institutionen, einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft und von Korruptionsbekämpfungsmechanismen erzielt hat, jedoch ***betonend,*** dass zusätzliche Anstrengungen notwendig sind;

9. ***unter nachdrücklichem Hinweis*** auf die zwingende Notwendigkeit neuerlicher Verhandlungen zwischen dem afghanischen Hohen Friedensrat (HPC) und den designierten Vertretern der Taliban und anderen Aufständischen in dem Land, jedoch ***mit Unterstützung*** für Präsident Karzais erklärte Voraussetzungen für eine Versöhnung, die durch die maßgeblichen VN-Resolutionen gestützt wurden, d. h. Abrüstung, Abbruch der Beziehungen zu internationalen Terrororganisationen, einschließlich Al-Qaida, und Akzeptanz der afghanischen Verfassung;

10. ***unter Betonung*** der und ***mit Verständnis*** für die zunehmenden finanziellen Zwänge, denen sich die afghanische Regierung nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte und den mit ihnen verbundenen Einnahmen gegenübersehen wird, und,

11. daher an die internationale Gemeinschaft ***appellierend,*** einen Teil der ‚Abzugsdividende" in die Zukunft der ANSF zu reinvestieren,

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der zur ISAF beitragenden Mitgliedstaaten **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. ihre eindeutige politische und wirtschaftliche Unterstützung für das afghanische Volk nach dem Abzug im Dezember 2014 sowie ihre Bereitschaft zum Ausdruck zu bringen, mit der Regierung Afghanistans als ein gleichberechtigter Partner zusammenzuarbeiten und eine auf Vertrauen basierende Beziehung von beiderseitigem Nutzen aufzubauen;

b. sich dazu zu verpflichten, den Zusammenhalt, das Durchsetzungsvermögen und den Willen zu einer erfolgreichen Übertragung der Sicherheit auf die Operation *Resolute Support* zu wahren, einschließlich der Bereitstellung einer schnellen Reserveeinsatztruppe zu ihrem Schutz;

c. intensiv auf die Aushandlung und Unterzeichnung eines Stationierungsabkommens (SOFA) nach 2014 hinzuarbeiten, das die rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Truppen in dem Land nach Dezember 2014 festlegt;

d. finanzielle, fachliche und sicherheitsbezogene Unterstützung für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 zu leisten;

e. weiter bereit zu sein, die afghanischen Regierungsinstitutionen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Grenzsicherheitspolitiken zu beraten und zu unterstützen, insbesondere Politiken, die illegale Migration, Drogenhandel und andere Bedrohungen für unsere Gesellschaften bekämpfen;

f. aufbauend auf der Rahmenvereinbarung von Tokyo eindeutige und erfüllbare Bewertungsmaßstäbe für die fortgesetzte Verbesserung der Stärke, Transparenz und Effizienz aller afghanischen staatlichen Institutionen, insbesondere der ANSF, festzulegen;

g. den afghanischen Hohen Friedensrat bei seinen Verhandlungen mit den designierten Vertretern der Taliban und anderen Aufständischen zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Afghanistan zu unterstützen;

h. die Öffentlichkeit in ihren Staaten auf eine Reihe möglicher Ergebnisse des Friedens- und Versöhnungsprozesses vorzubereiten und sie gleichzeitig von der Notwendigkeit zu überzeugen, erneut in die zukünftige Sicherheit und das Wohlergehen des afghanischen Staates zu investieren;

i. die Achtung von Menschenrechten und Geschlechtergleichstellung in Afghanistan nach 2014 durch die Förderung einer vielfältigen und zukunftsfähigen Zivilgesellschaft weiter zu fördern;

j. eine breite Zusammenarbeit mit den relevanten regionalen Strukturen, insbesondere auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogenhandels aus Afghanistan, des Extremismus und der Herausforderungen für die regionale Stabilität, zu unterstützen;

k. in alle Verhandlungen und Abkommen mit den afghanischen Behörden die Verpflichtung aufzunehmen, erreichte Fortschritte auf dem Gebiet der Rechte afghanischer Frauen und Mädchen beizubehalten und weitere Fortschritte zu erzielen, einen Mechanismus zur Beurteilung dieser Verpflichtung einzurichten und Unterstützung von der Einhaltung dieser Verpflichtung abhängig zu machen.

13. **RUFT** die Regierung und das Parlament Afghanistans **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. mit den Vereinigten Staaten und der NATO intensiv an der Ausarbeitung eines praktikablen Stationierungsabkommens von beiderseitigem Nutzen für die Zeit nach 2014 zu arbeiten;

b. die entscheidende Bedeutung eines *Partnering* mit der NATO und ihren Partnerländern zur Fortsetzung der Ausbildung und Unterstützung der ANSF nach 2014 anzuerkennen;

c. die ANSF weiter zu stärken und zu diversifizieren, um sicherzustellen, dass sie
   i. im Kampf gegen die Aufständischen das Machtgleichgewicht aufrecht erhalten;
   ii. ihre Reintegrationsprogramme für Aufständische fortsetzen;
   iii. die reiche ethnische Vielfalt des Landes widerspiegeln;

d. ihre Anstrengungen für die Aushandlung einer dauerhaften, friedlichen Lösung für den Konflikt mit den Aufständischen zu verstärken;

e. mit dem Aufbau eines stabilen demokratischen politischen Umfelds fortzufahren, das durch weitere Wahlrechtsreform auf Pluralismus ausgerichtet ist und das Ziel hat, den tatsächlichen Willen aller Menschen des afghanischen Volkes zum Ausdruck zu bringen;

f. die hartnäckige Korruption in den Institutionen weiter zu bekämpfen;

g. ihre bestehenden Anstrengungen zur Verbesserung der Beziehungen zu ihren Nachbarn, insbesondere Pakistan, sowie zu anderen internationalen Akteuren, die auf die Entwicklung eines stabilen, starken und unabhängigen Afghanistans hinarbeiten, auszuweiten.

Entschließung 403

betr.

DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND STRATEGISCHEN IMPLIKATIONEN DER REVOLUTION DURCH NICHT KONVENTIONELLES ÖL UND GAS*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung dessen,*** dass revolutionäre Fortschritte beim Fracking und horizontalen Bohren den Rückgang der Erdöl- und Erdgasproduktion in Nordamerika völlig ins Gegenteil gekehrt haben;

* vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

2. ***erklärend,*** dass die anhaltende Erweiterung nicht konventioneller Öl- und Gasproduktion in Nordamerika und anderen Teilen der Welt die regionalen und globalen Energiemärkte sowie die Prognose zahlreicher Länder für die Energiesicherheit völlig verändern könnte;

3. ***in Anerkennung dessen,*** dass die nicht konventionelle Öl- und Gasproduktion, wenn sie unter angemessenen Umweltschutzvorkehrungen wie den *Golden Rules* der Internationalen Energieagentur (IEA) erfolgt, eine Reihe wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Vorteile bringen kann;

4. ***besorgt*** angesichts der potentiellen Umweltschäden und nachteiligen sozialen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer unzureichenden Gesetzeslage oder ungenügender Kontrolle dieser neu entstehenden Industrien;

5. ***in Anerkennung dessen,*** dass diese Industrie, wie einige erneuerbare Industrien, nicht immer völlig transparent in Bezug auf die potenziellen Umwelt- und sonstigen Kosten für die Regionen war, in denen die Bohrungen stattfinden;

6. ***besorgt darüber,*** dass übermäßiges Vertrauen in die Verheißungen nicht konventioneller Öl- und Gasvorkommen die politische Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen von der Entwicklung nachhaltigerer und sauberer Energietechnologien mit einem sehr viel geringeren CO_2-Ausstoß in einer Zeit abziehen könnten, in der die Preise dieser sicheren und sauberen Energiequellen zu fallen beginnen;

7. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass der Widerstand gegen die Schieferöl- und Gasindustrie in einigen Bündnisländern weit verbreitet ist, in manchen Fällen aufgrund eines starken Lobbying, in manchen Fällen aus völlig gerechtfertigten Gründen, wie Bevölkerungsdichte und Wasserknappheit;

8. ***ebenfalls in Anbetracht dessen,*** dass Europa möglicherweise ein Konkurrenzproblem erwächst, wenn seine Energiepreise weiterhin so viel höher sein werden als die Nordamerikas, da dies die relativen Produktionskosten in Europa hochtreiben wird, während diese Kosten auf der anderen Seite des Atlantiks deutlich sinken;

9. ***besorgt darüber,*** dass es einigen europäischen Ländern an Know-how, Investitionskapital, rechtlichen, Regelungs- und Organisationsstrukturen fehlt, die für eine Ausbeutung nicht konventioneller Energievorkommen auf wirtschaftliche Art und Weise erforderlich sind;

10. ***in Anerkennung dessen,*** dass es für die Bündnisnationen in Europa und in Nordamerika objektiv notwendig ist, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und die Energieabhängigkeit von einem einzigen oder von oligopolistischen Lieferanten zu verringern;

11. ***besorgt darüber,*** dass Länder, die sich in sehr mächtigen Positionen befinden, da sie Öl und Gas nach Europa liefern, Maßnahmen treffen werden, um der Entwicklung nicht konventioneller Öl- und Gasindustrien in den Ländern, die sie zurzeit beliefern, entgegenzuwirken;

12. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Entwicklung von Flüssigerdgas-Export- und Anladeanlagen dazu beitragen wird, den Erdgashandel zu globalisieren, sehr stark divergierende regionale Preise anzugleichen und einer Reihe von Ländern neue Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer Erdgasversorgung geben wird;

13. ***in dem Verständnis,*** dass der Boom beim nicht konventionellen Gas und Öl zu einer Herausforderung für die traditionelle Struktur der weltweiten Energieindustrie werden könnte, die lange von Kartellen, Oligopolen und staatseigenen Produzenten dominiert wurde;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. zur Verbesserung der Energiesicherheit zusammenzuarbeiten und umweltverträgliches Fracking als ein, jedoch sicherlich nicht das einzige Mittel zu diesem Zweck zu betrachten;

b. Reformen voranzutreiben, die die Energieeffizienz durch die Festlegung vernünftiger Standards, den Einsatz energiesparender Technologien und die Entwicklung ordnungspolitischer Rahmen fördern, die das Verhältnis zwischen den Energiekosten und dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weiter senken und gleichzeitig die Energiesicherheit verbessern;

c. einen besser integrierten und transparenteren Energiemarkt mit angemessenen Infrastrukturen und Politiken, die dies ermöglichen, zu entwickeln;

d. durch die Entwicklung nicht nur nicht konventioneller Öl- und Gasindustrien, sondern auch einer Vielzahl nachhaltiger Energietechnologien, die in Zukunft saubere und sichere Energie liefern werden, auf eine stärkere Diversifizierung der Energie hinzuarbeiten;

e. eine umfassende Energiepolitik zu entwickeln, die sowohl Senkungen der CO_2-Emissionen als auch Ziele für den Einsatz erneuerbarer Energien umfasst;

f. sicherzustellen, dass die Kosten für die Externalitäten sich in den Energiepreisen widerspiegeln; und

g. sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um auf transparente Art und Weise Kosten und Nutzen von horizontalem Bohren und Fracking zu erläutern und auf möglichst effektive und effiziente Art und Weise einen für die Öffentlichkeit akzeptablen Weg nach vorn zu finden.

E n t s c h l i e ß u n g 4 0 4

betr.

DIE ZUNEHMENDE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DES ASIATISCH-PAZIFISCHEN RAUMS: FOLGEN FÜR DIE NATO*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die Sicherheitsbedrohungen von heute – wie Staaten, in denen jegliche Ordnung zusammengebrochen ist bzw. sich in Auflösung befindet, regionale Instabilität, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Cybersicherheit und Seepiraterie – nicht auf den euro-atlantischen Raum begrenzt, sondern ihrer Natur nach global sind;

2. ***in dem Verständnis,*** dass der asiatisch-pazifische Raum von zunehmender Bedeutung für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der NATO-Mitgliedstaaten ist sowie ***in Anbetracht dessen,*** dass die Länder des asiatisch-pazifischen Raums und das Bündnis zahlreiche gemeinsame Sicherheitsprobleme haben;

3. ***unter nachdrücklicher Verurteilung*** des Atomprogramms der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) in Missachtung ihrer internationalen Verpflichtungen sowie ihrer kriegerischen Rhetorik gegenüber ihren Nachbarn, darunter die Vereinigten Staaten, ein Mitgliedsland des Bündnisses, sowie die Republik Korea und Japan, zwei NATO-Partnerstaaten;

4. ***sich dessen bewusst,*** dass mehrere Partnerländer bereits auf unterschiedliche Art und Weise mit der NATO zusammenarbeiten und dass die Partner über die Option verfügen, sich in einer Vielzahl flexible Formate auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu engagieren;

* vom Politischen Ausschuss vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

5. ***nachdrücklich darauf hinweisend,*** dass die NATO durch Schulungen und Kontakte auf militärischer Ebene den Partnerländern bei der Verbesserung ihrer Fähigkeit helfen kann, ihre eigene regionale Sicherheit zu gewährleisten und Krisensituationen in ihrer Nachbarschaft zu bewältigen und zu verhindern;

6. ***mit dem Ausdruck der Anerkennung*** für die erheblichen Beiträge der NATO-Partnerländer, darunter die Partnerländer im asiatisch-pazifischen Raum – Australien, Japan, Neuseeland, Republik Korea und Singapur – zu Missionen unter Führung der NATO, insbesondere in Afghanistan;

7. die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten ***daran erinnernd***, dass das Strategische Konzept aus dem Jahre 2010 kooperative Sicherheit unter Beibehaltung einer globalen Perspektive und der Partnerschaften als eine der drei Kernaufgaben für die NATO im 21. Jahrhundert benennt;

8. ***in Anerkennung*** der Fortschritte, die bei der Kooperation mit den asiatischen Partnerstaaten bereits erzielt wurden, insbesondere in Bereichen wie die Bewältigung von Krisensituationen, Katastrophenhilfe, Terrorismusbekämpfung, Pirateriebekämpfung und Cyber-Abwehr;

9. ***in der Überzeugung,*** dass zukünftige Engagements der NATO im asiatisch-pazifischen Raum keine militärische Präsenz in der Region einschließen würden, sondern sich auf die Harmonisierung gegenseitiger Standpunkte zu regionalen Krisen, vertrauensbildende Maßnahmen und die Einbindung einer möglichst großen Zahl von Partnerländern in eine strukturierte Sicherheitsgemeinschaft durch Konsultationen, Informationsaustausch, militärische Ausbildung und die Beibehaltung der Interoperabilität der Streitkräfte konzentrieren würde;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die NATO **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. die Partnerschaften der NATO weiter zu entwickeln, auch mit den Ländern im asiatisch-pazifischen Raum, und unter Wahrung der Fähigkeit aller Partner, bedarfsgerechte Kooperationsbeziehungen mit dem Bündnis einzugehen, neue Gebiete von gemeinsamem Interesse und für eine Zusammenarbeit zu entwickeln;

b. eine Partnerschaftspolitik zu entwerfen, die die enge operationelle Zusammenarbeit mit den Partnern im asiatisch-pazifischen Raum, die die Werte des Bündnisses teilen, institutionalisiert und auf diese Weise die Beibehaltung der erzielten militärischen Interoperabilität ermöglicht;

c. Möglichkeiten zur Förderung des Dialogs mit denjenigen Ländern im asiatisch-pazifischen Raum zu erkunden, die keine offizielle Beziehung zur NATO eingehen möchten;

d. die Einrichtung eines strukturierten Dialogs mit China zur Förderung von Offenheit, Vertrauen und Informationsaustausch zu erwägen; und

e. ihre Politiken zu koordinieren, um zu einer diplomatischen Lösung für die Beendigung des Atomwaffen- und Raketenprogramms der DVRK zu gelangen.

E n t s c h l i e ß u n g 4 0 5

betr.

DIE KRISE IN SYRIEN: DIE FOLGEN FÜR DIE REGION UND DARÜBER HINAUS[*]

Die Versammlung,

1. ***unter Hinweis*** auf ihre im November 2012 verabschiedete Entschließung 399 „Die Entwicklungen in Syrien: sicherheitspolitische Auswirkungen für die Region und darüber hinaus“ und ***unter erneutem Hinweis*** auf ihre politischen Empfehlungen;

2. ***unter Verurteilung*** des brutalen und unterschiedslosen Einsatzes von Gewalt seitens des Regimes von Baschar al-Assad und anderer Parteien des Konflikts gegen unschuldige Zivilisten und ihrer umfangreichen und fortwährenden Menschenrechtsverletzungen, die in Syrien zu Zehntausenden Toten, darunter zahlreichen Frauen und Kindern, sowie zur Vertreibung von mehr als sechs Millionen Menschen, darunter zwei Millionen Flüchtlingen in den Nachbarländern, geführt haben;

3. ***mit Empörung über*** den großangelegten Einsatz von Chemiewaffen gegen die schutzlose Zivilbevölkerung in den Vorstädten von Damaskus am 21. August 2013, der mehr als tausend Toten und Tausende von Verletzten, darunter Kleinkinder, Kinder und Frauen, zur Folge hatte, und diesen ***nachdrücklich verurteilend***;

4. ***zur Kenntnis nehmend***, dass die aus einer Vielzahl von Quellen stammenden Informationen implizieren, dass das syrische Regime für den Einsatz von Chemiewaffen bei diesem Angriff verantwortlich ist;

5. ***erklärend***, dass dieser Angriff einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und folglich ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt;

6. ***unter Verurteilung*** des Beschusses von Orten in der Türkei durch syrische Regierungstruppen und ***mit dem Ausdruck*** ihrer Solidarität mit der Türkei angesichts dieser eklatanten Verstöße gegen ihre Souveränität;

7. ***davor warnend***, dass je länger der Konflikt in Syrien andauert, desto wahrscheinlicher das Erscheinen extremistischer Gruppen ist, deren Ziele grundlegend undemokratisch sind und eine große Gefahr für die regionale Stabilität und die internationale Sicherheit sind;

8. ***in der Sorge***, dass der wirtschaftliche und institutionelle Zusammenbruch Syriens enormes menschliches Leid verursacht, das sich jahrzehntelang negativ auf das Land und seine Bürger auswirken wird;

9. ***in Anbetracht dessen,*** dass das Neue Strategische Konzept der NATO und die Gipfelerklärung von Chicago das Engagement der NATO für die Krisenprävention und für die Unterstützung von Ländern in der Krise unterstreichen;

10. ***in Würdigung der Tatsache***, dass die Türkei, Jordanien, der Libanon und der Irak den Großteil der Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen, und ***in Anerkennung der Tatsache***, dass der Flüchtlingsstrom die Infrastruktur, Wasserversorgung, medizinischen Kapazitäten und Volkswirtschaften in diesen Ländern belastet;

11. ***mit Beifall Kenntnis nehmend*** von der Einigung zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Rahmenabkommen zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen und ***unter Begrüßung*** des offiziellen Beitritts der syrischen Regierung zu dem Übereinkommen über das Verbot der

[*] vom Politischen Ausschuss vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen;

12. ***unter Begrüßung*** und ***umfassender Unterstützung*** der Resolution 2118 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der die Zerstörung der syrischen Chemiewaffenbestände verlangt, die Wiederaufnahme der Friedensgespräche in Genf gefordert sowie die Bildung einer Übergangsregierung in Syrien mit vollen Exekutivbefugnissen befürwortet werden;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und der NATO **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die Lage in Syrien genau zu beobachten, um die Gefahren für die Region, insbesondere die Türkei, einzudämmen;

b. die gemäßigten Kräfte der syrischen Opposition bei der Überwindung der derzeitigen Spaltungen, der Versöhnung zwischen den Ethnien und Parteien, der Zurückdrängung des Einflusses extremistischer Gruppen und dem Stopp von Menschenrechtsverletzungen und des Teufelskreises der Vergeltungsschläge zu unterstützen sowie

c. die humanitäre Hilfe für Syrien auszuweiten und mehr materielle Hilfe für die Nachbarländer zu leisten, die heute mehr als zwei Millionen syrische Flüchtlinge beherbergen;

14. **FORDERT** alle betroffenen Parteien in Syrien **AUF**,

a. ihr Engagement für den Genfer Prozess zu erneuern;

b. Verhandlungen für die Herbeiführung einer friedlichen Lösung des Konflikts aufzunehmen und

c. einen tragfähigen politischen Rahmen für Syrien zu finden, um alle Gruppen der Bevölkerung, auch die Minderheiten, einzubeziehen und zu schützen;

d. eine Übergangsregierung mit umfassenden exekutiven Befugnissen auf der Grundlage gegenseitigen Einvernehmens mit dem Ziel einzusetzen, ein politisches System zu schaffen, das den demokratischen Bestrebungen des syrischen Volkes gerecht wird;

15. **FORDERT** die Mitgliedstaaten des VN-Sicherheitsrates **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. einen politischen Prozess unter syrischer Führung zu fördern und zu erleichtern, der zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts führen könnte;

b. in Absprache mit den maßgeblichen Organisationen der VN, der Arabischen Liga und den syrischen Nachbarn Hilfsmaßnahmen für die Menschen zu prüfen, die vor der schrecklichen Gewalt in Syrien fliehen;

c. die vollständige Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen zu gewährleisten und;

d. wie in Resolution 2118 des VN-Sicherheitsrats vorgesehen alle notwendigen Maßnahmen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu ergreifen, um auf Fälle der Nichteinhaltung, darunter die mögliche erneute Nutzung oder den Transfer des syrischen Chemiewaffenarsenals durch eine Konfliktpartei, zu reagieren.

E n t s c h l i e ß u n g 4 0 6

betr.

DIE VERBESSERUNG DER ÜBERLEBENSFÄHIGKEIT DER NATO-BODENTRUPPEN*

Die Versammlung,

1. ***in der Überzeugung,*** dass der NATO weiterhin eine entscheidende Bedeutung bei der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Stabilität im euro-atlantischen Raum zukommt;

2. ***mit dem Ausdruck der Anerkennung*** für die Leistung und Hingabe der Soldaten der Mitgliedstaaten, die das Rückgrat des Bündnisses darstellen, und ***in Würdigung*** derer, die bei der Unterstützung von NATO-Missionen ihr Leben verloren oder physische oder psychische Verletzungen erlitten haben;

3. ***in Anerkennung*** der Beiträge der Streitkräfte, Regierungsstellen, Familien und Freiwilligenorganisationen des Bündnisses zur Unterstützung der Soldaten bei der Erholung von körperlichen Verletzungen sowie einsatzbedingten psychischen Verletzungen;

4. ***in Bekräftigung*** der Aufgabe und Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die besten Möglichkeiten für das Überleben bei militärischen Einsätzen sowie die Erholung und Rehabilitation nach einem Einsatz zu gewährleisten;

5. ***sich dessen bewusst,*** dass bei den derzeitigen und potenziellen Einsätzen behelfsmäßige Sprengkörper weiterhin eine ernste Bedrohung für Streitkräfte und Zivilisten darstellen;

6. ***in Anerkennung*** der beträchtlichen Fortschritte bei allen Aspekten im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit der Soldaten in den letzten zehn Jahren, insbesondere bei der Bekämpfung behelfsmäßiger Sprengkörper (IED) und der Versorgung der im Kampf Verwundeten; jedoch ***unter Hinweis darauf,*** dass viele Lektionen gelernt oder erneut gelernt werden mussten und dies in hohem Maße auf Kosten der Soldaten ging;

7. ***in Kenntnis*** der Herausforderungen, die es bedeutet, bei der Überlebensfähigkeit in einem Umfeld starken finanziellen Drucks und sinkender Einsatzerfahrung, insbesondere nach der erfolgreichen Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit an Afghanistan Ende 2014, Exzellenz beizubehalten;

8. ***unterstreichend,*** dass die NATO und ihre Mitgliedstaaten über äußerst wirksame Institutionen verfügen, die die Überlebensfähigkeit erhalten und verbessern;

9. ***unter Betonung*** des entscheidenden Beitrags nationaler Traumaregister für die Überwachung der Prozesse der Verletztenversorgung, um die Überlebensfähigkeit der Soldaten zu verbessern, sowie ***unter Hinweis auf*** die technische Durchführbarkeit eines NATO-Traumaregisters;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

a. die Lehren und vorbildlichen Praktiken im Hinblick auf die Überlebensfähigkeit der NATO vollständig zu integrieren, auch durch die Standardisierungsprozesse der NATO;

b. die Bedrohung durch IED besser zu verstehen, die Streitkräfte umfassend darauf vorzubereiten und IED-Netzwerke aktiv zu unterminieren;

* vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

c. die multinationalen und nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung von IED weiter zu verstärken, auch den Aktionsplan der NATO zur Bekämpfung von IED;

d. bei der Analyse zukünftiger Bedrohungsszenarien weiterhin wachsam und einfallsreich zu bleiben, um strategische Überraschungen zu vermeiden, die die Überlebensfähigkeit der Soldaten bedrohen;

e. die finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung im Hinblick auf technische Innovationen, die die Überlebensfähigkeit verbessern können, zu erhöhen und bei der *Science and Technology Organization* der NATO sowie dem *Human Factors and Medicine Panel* weitere Forschungsbemühungen zu initiieren;

f. multinationale Lösungen zur Verbesserung der Überlebensfähigkeit aktiv zu verfolgen, auch durch die *Smart Defence*-Initiative der NATO und die *Pooling and Sharing*-Initiative der Europäischen Union;

g. die Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie und den NATO-Partnern zur Verbesserung der Überlebensfähigkeit zu verstärken;

h. die Soldaten der Bündnispartner weiterhin mit dem besten Körperpanzer und gepanzerten Fahrzeugen auszurüsten, die das volle Bedrohungsspektrum, insbesondere die Bedrohung durch IED, abdecken;

i. sicherzustellen, dass Soldatinnen optimale, ihrer Gestalt angepasste Körperpanzer erhalten;

j. das Gewicht von Körper- und Fahrzeugpanzerung zu verringern sowie die individuelle Anpassungsfähigkeit zu verbessern und dabei den Schutzgrad beizubehalten oder zu verbessern;

k. die medizinischen Versorgungsfähigkeiten von Soldaten und Militärpersonal durch angemessene Schulungen beizubehalten;

l. militärische medizinische Innovationen vollständig auf die zivile Anwendung zu übertragen;

m. die Schaffung eines NATO-Traumaregisters zu verfolgen;

n. angemessene Mittel zur Finanzierung der Pflege verletzter Soldaten und Veteranen nach ihrem Einsatz bereitzustellen; und

o. die Studien über Frühinterventions- und präventive Gesundheitsprogramme zu verstärken, um die Lebensqualität verletzter Soldaten und Veteranen so effektiv wie möglich zu verbessern und sekundäre und tertiäre Effekte ihrer Verletzungen zu mildern.

Entschließung 407

betr.

NEUE ENERGIE-IDEEN FÜR DIE NATO-STREITKRÄFTE: SCHAFFUNG VON RECHENSCHAFTSPFLICHT, REDUZIERUNG DES ENERGIEBEDARFS UND SICHERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung dessen,*** dass der Energieverbrauch der NATO-Streitkräfte noch nie dagewesene Höhen erreicht hat und der Energiebedarf der Streitkräfte in den nächsten Jahren weiter stark ansteigen wird;

* vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegter und von der Plenarversammlung am Montag, 14. Oktober 2013, in Dubrovnik, Kroatien, verabschiedeter Text.

2. ***in Anerkennung dessen,*** dass ein hoher Energieverbrauch der Streitkräfte in Zeiten der Austerität zur Aushöhlung der finanziellen Solidarität der Bündnispartner beiträgt;

3. ***in der Überzeugung,*** dass die derzeitige Höhe des Energieverbrauchs der Streitkräfte der Bündnispartner langfristig nicht nachhaltig ist;

4. ***besorgt*** angesichts der negativen Auswirkungen der immer stärkeren Energieabhängigkeit der Streitkräfte auf die Sicherheit der NATO-Soldaten und der Militäranlagen;

5. ***daher in der Auffassung,*** dass die Umsetzung neuer Energie-Ideen für die NATO-Streitkräfte eine wirtschaftliche, umweltpolitische und strategische Notwendigkeit ist;

6. ***in Würdigung*** der jüngsten Anstrengungen der NATO und einiger Bündnispartner zur Steigerung der Energieeffizienz der Streitkräfte im eigenen Land und in den Einsatzländern;

7. ***in Anerkennung*** der erfolgreichen Einrichtung des NATO-Exzellenzzentrums für Energiesicherheit und seines großen Potenzials für die militärische Energieeffizienz der NATO beizutragen;

8. ***unter Betonung*** der Notwendigkeit, bei zukünftigen NATO-Operationen einen sehr viel aktiveren Ansatz in Bezug auf die Entwicklung neuer Energieeffizienzmaßnahmen zu verfolgen;

9. ***unter Hinweis*** auf die von den Bündnispartnern auf dem Gipfel von Chicago 2012 eingegangene Verpflichtung, darauf hinzuarbeiten, die Energieeffizienz ihrer militärischen Truppen erheblich zu verbessern;

10. ***in Bekräftigung*** der Tatsache, dass die Fähigkeit der NATO, neue Energie-Ideen unter den Bündnispartner zu fördern, die aktive Unterstützung und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten erfordern wird;

11. ***in Anbetracht dessen,*** dass die NATO dazu beitragen kann, beispielhafte Praktiken auf der Grundlage der auf nationaler und europäischer Ebene festgelegten Normen auszutauschen;

12. ***unter Betonung,*** dass sich Aktivitäten mit dem Ziel der Stärkung der Energieeffizienz der Streitkräfte um die Schaffung von Rechenschaftspflicht, die Reduzierung des Energiebedarfs und die Sicherung der Energieversorgung drehen sollten;

13. ***mit Genugtuung*** über die jüngste dänisch-litauische Initiative zur Stärkung der *Green Defence*-Dimension der NATO;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich dazu auf,

a. trotz des finanziellen Drucks ausreichende Ressourcen für Studien zur Verbesserung der Energieeffizienz der Streitkräfte zur Verfügung zu stellen;

b. kohärente nationale politische Rahmen und zentrale Anlaufstellen für Fragen der Energieeffizienz der Streitkräfte zu schaffen;

c. eine immer größere Rechenschaftspflicht im Hinblick auf den Energieverbrauch innerhalb ihrer Streitkräfte zu schaffen, indem sie das Energiebewusstsein schärfen, Führungs- und Teilhabemechanismen im Bereich Energie fördern und verlässliche Benchmark-Instrumente schaffen;

d. den Energiebedarf der Streitkräfte in festen Anlagen und bei Operationen zu senken, auch für die Ausbildung, Verlegung und Unterhaltung von Streitkräften und die Energieversorgung von Militärplattformen;

e. Strategien zur Diversifizierung der Energieversorgung zu entwerfen und der Gewinnung erneuerbarer Energiequellen Vorrang einzuräumen;

f. im Privatsektor verfügbare „Lösungen von der Stange“ wo immer es möglich ist zu nutzen;

g. auf NATO-Ebene einen politischen Rahmen zur Unterstützung der *Smart Energy*-Initiativen der NATO zu schaffen, der den Informationsaustausch unter den NATO-Akteuren erleichtern und die NATO zu praktischen, kurzfristigen Lösungen führen sollte;

h. die derzeitigen *Smart Energy*-Initiativen wie das *Smart Energy Team* der NATO zu institutionalisieren, wenn sie sich als wirksam erweisen;

i. sicherzustellen, dass die Kräfte und Mittel sowie die Anlagen im Besitz der NATO, auch die neuen NATO-Hauptquartiere, energieeffizient sind;

j. eine Überschneidung der Aktivitäten von NATO und EU zu vermeiden und die Zusammenarbeit der NATO mit der EU und anderen regionalen Organisationen und Gruppen im Bereich der Energieeffizienz der Streitkräfte zu verstärken; und

k. den politischen Dialog der NATO und die technische Zusammenarbeit mit den Partnerländern zu Fragen der Energieeffizienz der Streitkräfte zu verstärken.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333